

Bezugpreis:

Bezugpreis: Einzelheft 10 Pf., monatlich 1.00 M., ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kopiermasse ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Wittwoch, den 22. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Kein Straßenbahnerstreik in Berlin.

Der 25er Ausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung der neuen Gemeinde Berlin die Wahl des Oberingenieurs Dr. Adler von der Straßenbahn...

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg.

Entsprechend dem Aufrufe der Reichskommission ist es nach wie vor Pflicht der Arbeiter, alle neutralitätswidrigen Transporte von Waffen und Munition anzuhalten...

Schwerer Konflikt im Bergbau.

Essen, 21. September. Auf der Seite „Nordstern 3/4“ bei Essen sind, wie die „Dena“ berichtet, zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat ernste Mißverständnisse entstanden...

Die Entente untersucht.

Paris, 21. September. (Holländisch Neuwisbureau) Die französischen Blätter melden, daß die Alliierte Kommission in Oberschlesien eine Untersuchung eingeleitet hat, um Aufklärung in die Angelegenheit der Waffensunde in Zabrze zu bringen...

Reichstagswahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 21. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokraten haben bei der Reichstagswahl am Montag in Stadt und Land an Stimmen außerordentlich gewonnen...

Reaktionserfolg in Schweden.

Bei den Reichstagswahlen erhielten die Konservativen 45 Sitze (Gewinn 11), die Agrarverbände 4 Sitze, die Bauernverbände 11 Sitze (Gewinn 6), die Liberalen 29 (Verlust 13), die Sozialdemokraten 61 (Verlust 5), Linksozialisten 1 (Verlust 3)...

Deschanel's Abschied.

Paris, 21. September. (M. T. S.) Die Botschaft des Präsidenten Deschanel nimmt Bezug auf seinen Gesundheitszustand, der völlige Ruhe erfordert, so daß der Präsident zu seinem tiefsten Schmerze auf seine erhabene Aufgaben verzichten mußte...

England vor dem Kohlenstreik.

London, 21. September. Reuter meldet: Der amtliche Bericht über die Besprechungen zwischen Regierung und Bergarbeitern besagt, daß Horne von neuem nachdrücklich an die Bergarbeiter appelliert, ein unparteiisches Schiedsgericht für ihre Lohnforderungen anzunehmen...

London, 21. September. (Holländisch Neuwisbureau.) Man hat allgemein den Eindruck, daß die Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter maßgebenden Einfluß auch auf die Forderungen der Bergarbeiter geltend machen...

London, 21. September. (Holländisch Neuwisbureau.) Trotz dem nur noch vier Tage bis zum Erscheinen des Ründigungstermins der Bergarbeiter fehlen, ist die Lage ernster als je. Alles hängt von der Mittwoch-Konferenz ab.

Rußlands Kämpfe.

Rönigsberg i. Pr., 21. September. (M. T. S.) Die bolschewistische Gegenaktion im Abschnitt Kobryn scheint gescheitert zu sein. Die Bolschewisten konzentrieren anscheinend neue Kräfte an der Njemenfront.

Ein Frontbericht der Armee Wrangels meldet einen günstigen Ausgang der Kämpfe bei Alexandrowka.

Petersburg, 21. September. (M. T. S.) Wie der Moskauer „Pravda“ aus Charkoff gemeldet wird, hat sich dortselbst ein Offizierskomitee gebildet, das den Zweck verfolgt, russischen Offizieren, die sich augenblicklich außerhalb Sowjetrusslands aufhalten, die Rückkehr in die Heimat und den Eintritt in die Rot-Armee zu erleichtern...

Die Petersburger Presse ruft die Arbeiter fortgesetzt auf, in die Proviantbetriebe einzutreten, deren Aufgabe es ist, die Getreidevorräte aus den Dörfern heranzuschaffen. (Da wird es mit der Staatsreue der Bauern bald vorbei sein!)

Zur Revision des Programms.

Von Alfred Roeglich, Stöglitz.

Die Programme von Eisenach 1869, Gotha 1875 und Erfurt 1891 haben eine gemeinsame Eigentümlichkeit: sie fassen den Sozialismus als eine nur ökonomische Angelegenheit auf und sind „Arbeiterprogramme“ im engeren Sinne des Wortes...

Dieser organische Grundfehler unserer alten Parteiprogramme kommt aus der bekannten einseitigen Auffassung des von Marx-Engels entdeckten Begriffs der „materialistischen Geschichtsauffassung“, wonach die gesamte Entwicklung des Gesellschaftslebens nur auf materielle (ökonomische) Faktoren zurückzuführen sei...

Leider ist die deutsche Sozialdemokratie dieser „Abraße“ besonders in den jüngeren Generationen nicht mit dem notwendigen Nachdruck entgegengetreten, und das Erfurter Programm streift die geistigen Grundlagen des Sozialismus nur in einigen Punkten des zweiten profitorientierten Teils an...

Um die Geburtsstunde des Erfurter Programms wurden bei den Reichstagswahlen 1,4 Millionen sozialistische Stimmen abgegeben; 1919 waren es über 13 Millionen. In der Klasse der Industriearbeiter im engeren Sinne, aus denen sich vor der Novemberrevolution die deutsche Sozialdemokratie in der Hauptsache rekrutierte, waren nicht nur Millionen aus anderen Arbeiterkreisen, sondern auch breite Massen der sogenannten bürgerlichen Bevölkerung gestochen, ein Heer bildend, das sich in seiner Struktur ganz wesentlich von der früheren Sozialistenarmee unterschied...

Es wäre verhängnisvoll, sich der Bedeutung dieser Strömungen zu verschließen. Sie wird uns zum vollen Bewußtsein kommen, wenn wir uns heute des wuchtigen programmatischen Marxwortes erinnern, das wir als das A und O unserer sozialistischen Arbeit anzusehen haben: „Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats; das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne Verwirklichung der Philosophie.“ Welche Philosophie es zu verwirklichen gilt, das müssen wir sehr gut; es ist die Philosophie der „materialistischen Geschichtsauffassung“, die vom Prinzip der historischen Kausalität („Alles ist Ursache und Wirkung!“) ausgeht und in

der marxistischen Dialektik („Alles ist Verflechtung und Lösung von Widersprüchen“) mündet. Daß der moderne wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus, mit diesen drei Fundamentalphinzipien: historischer Materialismus, Konfliktbegriff und Dialektik, nicht nur untrennbar verknüpft ist, sondern daß sie geradezu die Seele des Sozialismus sind, vor allem die wissenschaftlichen Stützpunkte seiner ökonomischen Prinzipien — das den sozialistischen Massen klarzulegen, muß ein Hauptziel des neuen Programms sein.

Bei der bevorstehenden Revision des Erfurter Programms wird man sich also nicht darauf beschränken können, seine ökonomischen Bestandteile auf ihren gegenwärtigen Wert zu untersuchen, sondern man wird es zu ergänzen haben durch die Aufführung der ihm bisher fehlenden philosophischen Grundlegung. Der Sozialismus, wie wir ihn heute verstehen, ist nicht mehr eine bloße Lohnarbeiterangelegenheit, sondern eine Sache der allgemeinen Menschheit. Die es früher „Von der Utopie zur Wissenschaft!“ und „Von der Sekte zur Partei“, so kann es heute nur heißen: „Von ökonomischen Problemen zum Problem einer neuen Weltanschauung!“ Das in sozialistischer und doch präziser Form herauszuarbeiten, muß ein Hauptziel der bevorstehenden Revisionsarbeit sein.

Als dieser hohen Aufgabe wird die Revisionskommission, die der Parteitag einzusetzen hat, vor ein Problem gestellt sein, wie es so groß, so umfassend, so tiefgründig in der Parteibewegung noch niemals zu verzeichnen war, ein Problem, dem die besten sozialistischen Denker mehr als ein paar Zeilungsartikel und Diskussionsabende werden widmen müssen. Es sind wirklich große Gesichtspunkte, die dabei ins Auge zu fassen sind, jedenfalls bedeutendere Punkte, als die kleinen und kleinlichen Bemängelungen, die man hier und da von der angeblich „veralteten“ theoretischen Einleitung des Erfurter Programms meint anbringen zu müssen. Heinrich Cunow möchte diesen Teil sogar am liebsten als „historisches Dokument in den Aktenkammer“ verweisen; er überzieht, daß die leitenden Gesichtspunkte der Einleitung von ihrer Gültigkeit bis auf den heutigen Tag nichts verloren haben, selbst nicht die Punkte, die sich auf die versinkenden Schichten, den Untergang des Kleinbetriebes (auch des häuslichen!) und die Verelendung beziehen. Wohl muß zugegeben werden, daß die formale Fassung dieser Entwicklungsvorgänge nicht immer sorgfältig genug war; es bedarf nur einer behutsamen Redaktion dieser Stellen, um ihre angebliche Veraltung zu beseitigen.

Jedenfalls muß diese ökonomische Auseinandersetzung im Programm bestehen, denn das Programm einer Massenpartei, der offensichtlich die Zukunft gehört, verfolgt nicht bloß den Zweck, der Parteiarbeit feste Richtlinien zu geben; es ist auch nicht bloß eine Konfession, ein Glaubensbekenntnis der Anhänger, sondern es soll zugleich ein offizielles Werbemittel für die noch Draußenstehenden sein. Darum ergibt sich ganz von selbst die schon angedeutete Notwendigkeit, dem theoretischen ökonomischen Teil eine kurze Auseinandersetzung der geistigen Grundprinzipien, kurz gesagt einen theoretischen philosophischen Teil vorauszusetzen, der die Fundamente der marxistischen Weltanschauung darlegt. So kommen endlich die beiden Hauptteile des wissenschaftlichen Sozialismus zu einem programmatischen Ausdruck.

Der ökonomische Teil wird ebenfalls gewinnen, wenn er kurz an der wahrheitsgemäßen Entwicklung des modernen Kapitalismus, wie sie sich vor aller Augen seit dem Weltkrieg vollzogen, illustriert wird, denn noch nie hat der Kapitalismus so gemeinverständliche, handgreifliche, agonisierende Organe gezeitigt wie seit den Tagen des Hindenburgprogramms.

Eine radikale Umgestaltung erfordert der praktische Teil des Erfurter Programms. Seine Forderungen sind heute zum größten Teil erfüllt; das Erfüllte ist also zu entfernen. Was übrig bleibt und was neu einzufügen ist, wird zweckmäßig in drei Gruppen zu bringen sein: 1. Forderungen

allgemein politischer Natur (innere und äußere Politik, Gesetzgebung und Verwaltung), 2. geistige Kulturforderungen (Erziehungs- und Bildungsfragen, Umgestaltung des Rechts, Forderungen ethischer und religiöser Natur, Organisation des Gesundheitswesens), 3. wirtschaftliche Forderungen (Organisation der Industrie, Agrar-, Handels- und Verkehrswirtschaft, Sozialisierung, Rätefrage, Arbeitsrecht, Versicherungsfragen, Steuernwesen).

Dabei wird man sich sehr ernstlich die Frage vorzulegen haben, ob man noch weitere spezifische Forderungen der „Arbeiterklasse“ erheben soll, wie sie im Schlußteil des Erfurter Programms verzeichnet sind. Abgesehen davon, daß diese Erfurter Forderungen „zum Schutze der Arbeiterklasse“ bis auf den 5. Punkt und einzelne Nebenfragen so gut wie erfüllt sind oder doch der Erfüllung nahe sind, muß daran erinnert werden, daß der moderne Sozialismus aus dem Stadium einer bloßen Arbeiterbewegung bereits herausgewachsen und zu einer Menschheitsbewegung geworden ist; wir sind heute schon mitten darin in der großen Umwälzung, welche die „Aufhebung der Klassen“ bereits verwirklicht und den Begriff „Herren und Knechte“ zum alten Eisen wirft.

Ein ganz neuer Absatz wird sich mit dem Schicksal der Frauwelt zu befassen haben. Mit der formalen Gleichberechtigung der Geschlechter ist es nicht getan. Wohl hat die politische Umwälzung der gesamten Männervelt und dem erwerbstätigen Teil des weiblichen Geschlechts ein reiches Maß von Freiheiten gebracht, aber das Weib als Mutter und Hausfrau ist daselbe „Gautier“ geblieben, als welches es Bebel in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ so treffend gekennzeichnet hat. Hier muß eingegriffen werden. Das an Kindertätigkeit und Hauswirtschaft gekettete Weib muß entlastet werden durch eine grundsätzliche Neuorganisation dieser beiden wichtigen Gebiete des Gesellschaftslebens. Keine andere Partei ist dazu so imstande wie die Sozialdemokratie. Sie ist von Natur dazu berufen, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Partei der weiblichen Welt zu sein. Sie muß das erreichen, weil schon das numerische Übergewicht des weiblichen Geschlechts im politischen und wirtschaftlichen Leben dazu zwingt.

Bei der Umgestaltung des Erfurter Programms im Sinne der hier angezeichneten Richtlinien werden wir ein Programm gewinnen, das weit über die üblichen „Partei“-Programme hinausragt, das zu einem Volksprogramm, zu einem Programm der neuen menschlichen Gesellschaft wird, und das mit der zwingenden Logik seines organischen Aufbaus die uns noch fernstehenden Massen in seinen Bann zwingen wird. Dann werden wir in Zukunft nicht mehr, wie das bis heute der Fall war, mühsam „für unser Programm“ zu arbeiten brauchen, sondern das Programm wird für uns arbeiten. Es wird der Welt, die heute über unsere eigentlichen Ziele und Wege noch so tief im Unklaren ist, zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht eine hahnenkuckende, blödsinnige Gesellschaft von Zerstückern ist, sondern eine Gemeinschaft klar denkender, einen zielbewußten Aufbau leistender Menschen; nicht „bode Materialisten“ in dem uns angehängten überlieferten Sinne dieses Wortes, sondern Idealisten einer ganz neuen Art — Menschen, die sich nicht damit begnügen, das theoretische Ideal einer höheren Allgemeinkultur bloß aufzustellen, sondern die den Willen und das Können haben, dies Ideal in die lebendige Wirklichkeit umzusetzen. Bisher hat die Ideologie eines Buddha, Muhammed und Jesus die Menschheit befehlt und sie aus einer Katastrophe in die andere geführt — die marxistische Weltanschauung, weil sie eine Philosophie der Wirklichkeit und der Tat ist, wird der Menschheit endlich die „Erlösung“ bringen, um die man Jahrtausende vergeblich gerungen hat.

Die Hauptausschüsse der Heeres- und Marinekammer werden am 29. September zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Geschäftsordnung und das Begehren. Am 1. Oktober finden getrennte Tagungen der Heeres- und Marinekammer über schwebende Fragen statt.

der ganzen Welt eine ähnliche Bedeutung erlangen werde wie nach der französischen Revolution die französische Wissenschaft. Die der Regierung folgende erste allgemeine Sitzung galt der Stichtofffrage, über die drei Vorträge gehalten wurden. Dr. W. Sch. Lubwitsch, Direktor der Babinski-Anilin- und Sodalafabrik, sprach über den „Stichtoff in Wirtschaft und Technik“. Er gab einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Stichtoffindustrie und schloß dann mit einer Lobpreisung des Kapitalismus, der im freien Spiel der Kräfte diese großartigen Leistungen geschaffen habe, aber durch die neuen Evangelien der Nahrung der Intelligenz und der oben Gleichmodererei bebrüht sei.

Diesem typischen Vertreter des Großkapitals braucht man solche Bemerkungen nicht besonders übel zu nehmen. Aber der dann folgende Prof. Ehrenberg-Göttingen, dessen Thema „Der Stichtoffbedarf unserer Kulturländer und seine Deckung“ lautete, hätte sehr wohl daran getan, sich gelassener Äußerungen zu enthalten. Er betonte die unbedingte Notwendigkeit des Stichtoffbinders angesichts unserer elenden Ernährungslage — könnten wir doch mit den 20 000 Tonnen Stichtoffbinders, der gegenwärtig ins Ausland ausgeführt wird, unsere Getreideernte so steigern, um 100 große Ozeandampfer damit voll zu beladen. Es muß also alles getan werden, um unsere Landwirtschaft zur Anwendung dieses Düngers zu bewegen. Es müßte daher vor allem durch eine geschickte Propaganda unter den kleinen und mittleren Landwirten, auf denen unsere Ernährung beruht, ins Leben gerufen werden.

Als dritter sprach Prof. Kubner-Berlin über „Die physiologische Bedeutung des Stichtoffs in der Ernährung der Tiere und Menschen“. Die sehr interessanten Ausführungen führten den Nachweis, daß unabhängig von der Art der Ernährung, sei sie mehr vegetabilisch wie bei den Japanern oder mehr animalisch wie bei den Amerikanern und Engländern, der Eiweiß- und Kaloriengehalt der aufgenommenen Nahrungsmenge überall der gleiche sei. Aber die deutsche Ernährung steht noch immer weit unter dem Mittel der anderen Nationen. Es ist nicht zu verwundern, daß allmählich alles mit elementarer Gewalt nach Freiheit der Nahrungs-wahl drängt; erst mit der Rückkehr zu den altgewohnten Ernährungsformen kann die große Masse körperlich und geistig gesund werden.

Die „Stichtofffrage“ bildete am Nachmittag das Verhandlungsschema, und wie schon am Vormittag einige Redner es für notwendig gehalten hatten, ihre politischen Meinungen kundzutun, so fand dies in verstärktem Maße am Nachmittag statt. Der bekannte Mündener Hygieniker Prof. v. Gruber sprach über „Die Ernährungsfrage des deutschen Volkes“ und konnte es sich hierbei nicht verlagern, die Monarchie als die vollkommene Regierungsform zu preisen. Auch sonst ließ der Redner es nicht an Seitenzügen auf die Revolution usw. fehlen. Kalträusch enthielt der Vortrag, soweit er auf wissenschaftlichen Untersuchungen fußt, auch viel beherzigenderer Wahrheiten. Er suchte den Nachweis zu führen, daß auch bei dem gegenwärtigen Stande unserer Bevölkerung und unseres Gebietes es möglich sei, unser Volk durch die eigene landwirtschaftliche Produktion zu ernähren. Dies sei auch nötig, da unsere Rolle als Handels- und Industrieland auf absehbare Zeit ausgespielt sei, möglich sei es daher nur durch Verzicht auf die reichere Nahrung, und Rettung, die wir bis zum

Der Kampf um die Kartoffeln.

Die ungeheuerliche Preissteigerung, die sich aus Anlaß der Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung ergeben hat, haben die Eisenbahner der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen mit einer offenen Kriegserklärung gegen die Verwaltung der Eisenbahn für Wuchertransporte beantwortet. Wir haben unsere Leser bereits mehrfach darüber unterrichtet, welche Entrüstung in den Eisenbahnerkreisen darüber vorherrschend ist, daß auch das notwendige Volksnahrungsmittel zum Gegenstand unverhältnismäßiger Preiswucherer gemacht wird. Zunächst in Frankfurt a. M. und folgend in fast allen Direktionsbezirken haben die Eisenbahnerorganisationen beschlossen, keinerlei Kartoffeltransporte zu befördern, solange nicht von der Regierung eine Herabsetzung der ins Ungeheuerliche gestiegenen Preise herbeigeführt ist.

Jetzt hat nun der Reichsverkehrsminister Gröner mit einem Erlaß eingegriffen, in dem er „das eigenmächtige Vorgehen von Beamten und Arbeitern“ als ein solches erklärt, das „unter keinen Umständen gebuldet“ werden könne: „Es muß den normalen und ruhigen Verlauf innerhalb unserer Volkswirtschaft fördern und katastrophale Wirkungen namentlich für die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete nach sich ziehen, die selbst keine Kartoffeln anbauen können.“ Am Schluß heißt es, daß im Falle der Nichtbeachtung des Erlasses durch Beamte und Arbeiter die Eisenbahndirektionen eingreifen müssen, um die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln nicht ernstlich zu gefährden.

Mit diesem Erlaß werden die Schwierigkeiten in keiner Weise gemildert. Herr Gröner deutet an, daß die Eisenbahner mit ihrem Verhalten nur für sich und ihre eigene Kartoffelversorgung wirken wollten. Das ist natürlich eine ganz ungebührliche und durch nichts begründete Annahme. Die Sache liegt doch klar vor Augen. Die vielgeschmähte Zwangswirtschaft hat zwar auch Preissteigerungen nicht ganz verhindern können, aber sie hat doch erreicht, daß ein gewisses Mindestmaß von Kartoffeln zur Versorgung der städtischen und der Bevölkerung großer Industriebezirke sichergestellt wurde. In dem Augenblick aber, da die öffentliche Bewirtschaftung aufhört, ohne daß eine andere Organisation an ihre Stelle getreten wäre, steht der „freie Handel“ in seiner vollen Schönheit da. Jede Kontrolle der Kartoffelverteilung hört auf. Die Brennereien suchen Kartoffeln in jedem Quantum und in jeder Preisstufe zur Fußeibrennerei aufzukaufen, so daß die Preise ins Wahnsinnige steigen. In einzelnen Gegenden Deutschlands soll der Zentner Kartoffeln im Kleinverkauf schon auf 120 M. gestiegen sein!

Die Regierung, in der die „Kettensprenger“ Streifenmännchen Richtung und die Manchesterleute der demokratischen Partei gemeinsam mit agrarisch-interessierten Zentrumsleuten wirken, schafft nur die Freiheit des Handels und damit die Freiheit der Auswucherung des Volkes. Da sie auch die letzten behördlichen Schranken in der Bewirtschaftung niederreißt, ist der Entschluß der Eisenbahner, durch die Transportperre einen Einfluß auf die Preisgestaltung zu erzwingen, im verfassungswidrigen Sinne zwar ein Uebel, aber wirtschaftlich leider ein bitter notwendiges. Wir hoffen, daß die betreffenden Regierungskreise endlich einsehen lernen, daß mit dem a. L. e. n. w. ch. e. r. l. i. e. n. Prinzip des Geben- und Nehmens in der Volkswirtschaft unserer Tage nicht mehr zu arbeiten ist. Durch ihre Unterlassungen und durch die Freigabe des Handels ohne Einschränkung ruft die Regierung tatsächlich Zustände hervor, die in ihrer Folge zur Anarchie führen müssen.

Der Zentrumsdirektor Dr. Wagen-Hannover hat sein Mandat niedergelegt. Als sein Nachfolger tritt der nächste Kandidat der Liste, Politsekretär Joseph Traumann-Gildesheim, in die Landesversammlung ein; Pastor Wagen gehört als Abgeordneter für Hannover auch dem Deutschen Reichstag an und ist auch Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der Naturforschertag.

Die 88. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, die erste nach dem Kriege — die 88. hat im September 1913 in Wien stattgefunden — hat eine starke Anziehungskraft ausgeübt, man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 2000. Unter den Eröffnungsansprachen zeichnete sich die des 1. Vorsitzenden Prof. Friedrich v. Müller-München aus. Er wies auf die Veränderungen hin, die die naturwissenschaftlichen Anschauungen in den letzten Jahrzehnten erfahren haben und die zur Behandlung kommen würden: der Atomerganz, die Besetzung des Weltalls durch die Einreihung der Relativitätstheorie. Er bemerkte unter lautem Beifall, diese werde hier in anderem Sinne behandelt werden, als es jüngst in Berlin der Fall gewesen; denn sie sei nicht in Vollversammlungen mit demagogischen Schlagworten oder in der politischen Presse mit persönlichen Angriffen zu erledigen. Weiter erwähnte er die große Gefahr, die dem geistigen Leben Deutschlands von einer Verflachung des Hochschullehrerstandes droht, wenn er seines wissenschaftlichen Charakters entbehre und rein politische Bedürfnisse eingehend wird.

Mit einem Unterton des Bedauerns stellte er fest, daß die Versammlung nicht mehr wie früher bei ihrer Eröffnung des Kaiser und der Kaiserin gedenken könne. „Es ist aber eine Ehrenpflicht“, fuhr er fort, der Förderung zu gedenken, welche Deutschlands Fürsten den Wissenschaften, besonders den Naturwissenschaften, haben gut werden lassen. Die Monarchie fördert die Wissenschaften, die Republik schließt sie und unterläßt ihre Förderung, wie das Beispiel Mexicos zeigt, reichen Privatleuten, die Revolution aber zerstört die Wissenschaften, sie läßt Paroloffverhörungen und Vandalen entsetzen.“ Alle diese Sätze wurden von der Versammlung mit lautmächtigem Beifall aufgenommen, so daß ich unwillkürlich an das Wort von der „geistigen Leibgarde der Hohenzollern“ denken mußte, als die sich die Naturforscher fühlen — ein Wort, das vor fast 50 Jahren von einem bedeutenden Forscher geprägt wurde, ohne daß die gelehrte Versammlung eine Ironie erdort. Die Worte und der Beifall, den sie fanden, zeugen von der Seelenverfassung zahlreicher Gelehrter und geben zugleich eine Erklärung für die unerfreuliche Erscheinung, daß die weitesten Volksschichten den Forschern in offiziellen Stellen ein vielfach unbedeutendes Misstrauen entgegenbringen. Das Verfehlen in seinen Ausführungen unterließ Prof. Müller selbst, indem er unmittelbar darauf hinwies, daß im Anschluß an die große Revolution in Frankreich die Naturwissenschaften eine ganz außerordentliche Höhe erlitten, die die ganze Welt befruchtete.

Ob Paroloff in Mexiko seindlich ist, weiß ich nicht; dagegen weiß ich, daß ein sehr großer Teil der Schauerndrücken über die russische Revolution erlogen ist. Paroloff ist nicht als Gelehrter hingerichtet worden — wie sehr die Republik die Wissenschaft schützte und förderte, hat ja Herr v. Müller selbst betont —, sondern sein Hauptziel als eines betrügerischen Steuerpächters, wie Herr v. Müller eigentlich wissen sollte. Wir wollen hoffen, daß nach der deutschen Revolution in der deutschen Republik die deutsche Wissenschaft eine ähnliche Höhe erleben und für das Geistesleben

Kriege gehabt haben. Die Aufgabe des Städtlers in der Ernährungsfrage ist zu bilden, die des Landarbeiters und Bauern zu handeln, 12 Stunden zu arbeiten, seine Produkte zu liefern für Papierzettel von zweifelhaftem Wert, trotz geringeren Gewinns mehr Getreide und weniger Fleisch zu Markte zu bringen. Unser Ernährungsproblem ist also vor allem ein Willens-, das heißt ein sittliches Problem. Gelingt seine Lösung nicht, so wird die kommunistische Woge über uns zusammenbrechen und der Strudel der Anarchie wird auch die mitreißen, die heute im Hebermut des Siegers schwebeln.

Es folgte noch ein Vortrag von Theodor Paul-München über „Neue Wege der Lebensmittelchemie“, in dem auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und chemischer Technik zur Gewinnung, Aufberechtigung und Zubereitung von Lebensmitteln eindringlich hingewiesen wurde. Bl.

Der Weltreform im Ungarn. So betrunderndwest auch die Energie ist, mit dem der Lordmator von Carl seinen Hungerstreik durchführt, so bedeutet doch die von ihm bisher gehungerte Zeit durchaus noch keine Reform. Der Ruf, diesen Hungerstreik aufzuheben, zu haben, gebührt vielmehr einem Mann aus Bradford, der einmal volle 57 Tage gehungert hat. Es handelte sich in diesem Falle um eine wirkliche Hungerkur, die in der Ablicht der Bekämpfung einer Krankheit durch Nahrungsentziehung unternommen wurde. Während der ganzen Zeit nahm der Mann nichts weiter als Wasser zu sich. Sein Beispiel fand bei einem Landsmann Nachahmung, der es aber nur auf 36 Tage brachte, was um so weniger als große Leistung zu betrachten ist, als er in den letzten vierzehn Tagen Milch trank. Beide Fälle wurden, wie Londoner Blätter hinzufügen, von Ärzten kontrolliert und bestätigt.

Das Deutsche Oberhaus hat den Kammerling Hubert Leuer, den Stellvertreter der Wiener Staatsoper, für einige Gastspiele gewonnen. Er wird Sonnabend in den Reiteringern als Stolz auftreten und am 29. September die Interaktie in „Eggleb“ singen.

Karl Blümmel wird Mittwoch im „Sturm“, Volksbühnen Str. 134a, zum ersten Male eigene „Reine kritische Fabeln“ vortragen.

Die Filmgenur. Es sind bisher in Deutschland 160 Dörfer für die Filmgenur ernannt; sie sind aus allen beteiligten Preisen genommen. Die Genurgrundlagen sind gemindert. Filmprüfungstellen bestehen bisher in Berlin (4 Beamte) und in München (3). Die Oberprüfstelle leitet Dr. Carl Sulde. Jede Filmprüfung hat 4 Prüfer, Pädagogen, Künstler usw. Sachverständige können hinzugezogen werden. Die Prüfung erstreckt sich auch darauf, ob der Film für Jugendliche geeignet ist.

Bildung von Studentenvereinen. Das Reichliche Staatsministerium hat die von dem Unterrichtsminister vorgesehene Verordnung über die Bildung von Studentenvereinen an den Universitäten und technischen Hochschulen endgültig erlassen. Dem Wunsch des Landwirtschaftsministers und des Handelsministers zufolge ist die Verordnung zugleich auch noch auf die hiesigen Minister unterstehenden Hochschulen ausgedehnt worden. Die Verordnung hatte bereits vorher auch die Zustimmung der deutschen Studentenvereine gefunden.

Eine neue Zeitung Gorki. Seit dem 1. August begann in Moskau eine neue Zeitung zu erscheinen, deren Chefredakteur Gorki ist. Die Zeitung heißt „Komsomol“ (Jugend). Sie stellt sich die Aufgabe, Propaganda des Kommunismus zu führen, dabei aber auch die Interessen der geistigen Arbeiter wahrzunehmen.

Letzte Kämpfe um den Magistrat.

Wahlstreik der Deutschnationalen.

In der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung, die gestern die Gehälter des Bürgermeisters und der Stadträte neu festzulegen hatte, und dann den Ausschussbericht über die Kandidaten entgegennahm, gab es nochmals eine Redeschlacht. Mut und Maß der bürgerlichen Parteien, die sich aus ihrer bisherigen Herrschaftsstellung hinausgeworfen sehen, äußerten sich in heftigen Ausfällen gegen einzelne Kandidaten, besonders gegen den zum Schultat vorgeschlagenen Dr. Löwenstein und gegen den Oberbürgermeister Wermuth. Durch den herausfordernden Ton aller Redner der bürgerlichen Minderheit ließen die Unabhängigen sich in eine unnötige Erregung hineinreißen, die sich in lärmenden Unterbrechungen Luft machte. Sehr wirkungsvoll war die Rede unseres Genossen Müntner, der den Wert der durch den Kampf des Lebens für ihr Amt vorgebildeten Kandidaten der sozialistischen Parteien betonte. Die bürgerlichen Parteien verbargen nicht ihre Freude über die geplante Gesetzesänderung und frohlockten in der Hoffnung, daß sie ihnen zu dem Winderbeitsrecht verhelfen wird, das sie früher den Sozialdemokraten lange genug vorenthalten haben. Schwül wurde aber den Demokraten bei der Ankündigung des Redners der Unabhängigen, daß ihre Mitarbeit bei diesem Gesetz ihnen keinen Vorteil bringen wird. Bei den Wahlen, die heute beginnen, wollen die Deutschnationalen streifen.

Der Sitzungsbericht.

Vorsitzer Dr. Wehl eröffnet die Sitzung nach 16 Uhr und teilt mit, daß gegen die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen

Klage vor dem Bezirksauschuss

erhoben worden ist. Kläger sind Stadtverordnete der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Der Vorsitzende des Ausschusses, in dem Verwaltungsleiterverfahren den Rechtsanwält Dr. Rosenfeld mit der Bereinigung der Stadtverordnetenversammlung zu betrauen, wird angenommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verteilung einiger neu eingetretener Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen. Die Deutschnationalen beantragen, die früheren Verteilungsbeschlüsse mit Bezug auf Verwaltungsbezirk XI zu ändern. Der Vorsitzende empfiehlt Ueberweisung an den Wahlausschuss und erklärt diesen Vorschlag für angenommen. Ein nachträglicher Widerspruch der Deutschnationalen wird zurückgewiesen (Lärm rechts).

Es folgt die Ausschussberichterstattung über die

Neufestsetzung der Gehälter des Bürgermeisters und der Stadträte,

die infolge der Beanstandung durch den Oberpräsidenten nötig geworden ist. Hierzu liegt vor ein Antrag der Sozialdemokraten, das Gehalt des Bürgermeisters auf 30 000 M. und 50 Proz. Feuerungszulage festzusetzen. Ein Antrag der Demokraten fordert für den Bürgermeister 40 000 M. und 50 Proz. Feuerungszulage. Frank (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses und empfiehlt die im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Beschlüsse zur Annahme. Merz (Dem.) hält für sicher, daß die vom Ausschuss vorgeschlagene Gleichsetzung des Bürgermeistiergehalts mit dem Gehalt der Hochstadträte wieder

nicht vom Oberpräsidenten genehmigt

werden wird. Echnern (D. Sp.): Sachlich werden wir uns auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellen. Wir haben nicht ein, warum wir höhere Gehälter als die Herren der Mehrheit festsetzen sollen. Freund (H. Soz.): Wir stehen noch wie vor auf dem Boden der früheren Beschlüsse, müssen sie aber nach der Beanstandung

abändern. Wir wollen alles vermeiden, was das Zustandekommen des neuen Magistrats noch aufhalten kann.

Die Demokraten beantragen noch, die Alterszulagen der Hochstadträte denen der „politischen“ Stadträte (so nennt sie der Antrag) gleichzusetzen.

Beschlossen werden folgende Gehälter einschließlich Ortszulage: Oberbürgermeister 32 000 M. (dazu die Benutzung des Herrenhauses Such), Bürgermeister 30 000 M. (nach dem Antrag der Sozialdemokraten, womit hier der Vorschlag des Ausschusses fällt), Hochstadträte 24 000 M. Grundgehalt die übrigen Stadträte 18 200 M. Grundgehalt, alle Stadträte 6800 M. Alterszulagen in vier Stufen von je 2 Jahren, alle Magistratsmitarbeiter gegebenenfalls Kinderbeihilfen wie für Reichs- und Staatsbeamte, alle eine Feuerungszulage von 50 Proz.

Sobann gibt Frank (Soz.) den Bericht des Wahlausschusses über die Kandidatenauswahl (die im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde). Neu sind nur die Vorschläge des Ausschusses, statt Prof. Wiege für das Verkehrsamt Dr. Ing. Adler (Zwischenruf: Hört, hört! Das Maßkrat!) und für Frau Brontha Fräulein Hedwig Wachenheim zu wählen.

Ein Antrag v. Echnern u. Gen. fordert, mit Rücksicht auf die in der Preussischen Landesversammlung beantragte Abänderung des Gesetzes über Groß-Berlin zunächst nur 18 bejoldete Stadträte zu wählen.

Die Generaldiskussion

wird eröffnet von Dr. Steiniger (Dem.), der mit einer Verteidigung seiner Parteifreunde gegen den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf der Obstruktion beginnt. Wir haben uns bereit erklärt, mitzuarbeiten, wenn und solange das möglich ist. Wir hielten beim Zusammentritt der neu gewählten Versammlung für selbstverständlich, daß die härteste Fraktion den ersten Vortrager stelle, und wir schlugen Affirmation vor. Aber das Zusammenarbeiten geht nur bis zu einer gewissen Grenze. (Sehr richtig! bei der H. Soz.) Redner bespricht dann die Verhandlungen des Wahlausschusses und verwirft die von der sozialistischen Mehrheit vorgeschlagenen Kandidaten, häufig unterbrochen durch Zwischenrufe der Unabhängigen. Besonders unangenehm ist ihm der zum Schultat vorgeschlagene

Dr. Löwenstein,

durch dessen Wahl, da er Dissident sei, das Empfinden der christlichen Kirche verletzt würde. Schließlich erklärt er, daß seine Fraktion sich an der Wahl nicht weiter beteiligen werde. (Gelächter.)

Dr. Leidig (D. Sp.): Wir stehen vor dem Ergebnis der Wahlprüfung, die auf Ausschließung der bürgerlichen Parteien hinausläuft. Die Mehrheit hat nicht nach der Tüchtigkeit gefragt. (Jurist links: Wermuth! Loehring! Simonsohn!) Dem Oberbürgermeister Wermuth wird ein Mangel an charaktervoller Haltung vor. In ähnlicher Weise wendet er sich gegen die meisten der übrigen Kandidaten. Er setzt seine Hoffnung auf die Preussische Landesversammlung, die dem

Antrag auf Änderung des Gesetzes

bezüglich der unbefoldeten Stadträte zustimmen werde. (Lärm.) Die Mehrheit werde einsehen, daß es leider sei, eine große Rede zu machen, als zu erhalten. (Großer Lärm. Urich (H. Soz.): Das ist eine Gemeinheit! Vorsitzender Dr. Wehl rügt diesen Zwischenruf.)

Merz (Dem.) behauptet, die Ausschussmehrheit habe gegen alle Gründe der Bernunft gehandelt, als sie sich für die Wahl nur bejoldeter Stadträte entschied. (Lärm.) Unter den 20 Stadträten findet er nur zwei Personen seiner Partei. Auch den rechtsstehenden Parteien fehle es nicht an tüchtigen und charaktervollen Männern.

Dr. Schmidt (Z.) verweist bei seinen Bemerkungen der Kandidaten am längsten bei Dr. Löwenstein, dem Dissidenten, Jakob (Wirtsch. Vereinigung) eifert unter anderem

gegen Oberbürgermeister Wermuth,

der geschwankt habe von der Erziehung bis zum Volksweisen herunter. (Stürmisches Gelächter.)

Müntner (Soz.) erinnert daran, wie die Sozialdemokraten diese Jahrzehnte hindurch zurückgewiesen worden sind, wenn sie mitarbeiten wollten. (Zustimmung bei der Soz. und der H. Soz.) Der lange Zeit einzige Sozialdemokrat im Magistrat, Sassenbach, wäre vor dem Antrage dort unmöglich gewesen. Wir hätten jetzt unsere Kandidaten herholen können, von wo wir wollten — sie hätten Ihren Ansprüchen (nach rechts) niemals „gerügt“. Ich würde Ihre formale Bildung aber auch das schäpe ich, was einer sich

im harten Kampf des Lebens erworben

hat. Redner bespricht dann einzelne der Kandidaten. Man sagt, die Sozialdemokraten seien wieder einmal umgefallen. Ja, ein Efel sein, ist keine Schande — aber ein Efel bleiben, ist eine Schande. Für Siele stimmen wir, weil wir ihn für geeigneter als Adler, hielten. Wir haben ihn jetzt eingeladen, zu persönlicher Rücksprache zu uns zu kommen. Er hat hochmütig geantwortet, wer ihn kennt, wählt ihn, und wer ihn nicht wählen will, läßt es bleiben. Danach werden wir es bleiben lassen, ihn zu wählen, und entscheiden uns für Adler. Für Dr. Löwenstein trat Müntner warm ein. (Widerspruch auf der rechten Seite.) Bezüglich der Hoffnungen, die von den bürgerlichen Parteien auf die beantragten Gesetzesänderungen gesetzt werden, rief er,

den Bogen nicht zu überspannen.

(Lärm rechts.) Freund (H. Soz.) unterstrich Müntners Hinweis auf die früher von den bürgerlichen Parteien geübte Ausschließung der sozialdemokratischen Minderheit von der Mitarbeit. Wenn die Demokraten die Gesetzesänderung durchbringen helfen, werde die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ihnen nicht mehr Stellen im Magistrat geben, als ihnen nach ihrer Stärke zukommen. Nach den Vorschlägen des Ausschusses sollen ihnen sogar mehr gewährt werden.

In einer persönlichen Bemerkung wehrte sich Dr. Leidig gegen den Vorwurf, daß er in der Preussischen Landesversammlung Machtpolitik treiben wolle.

Der Antrag v. Echnern, zunächst nur 18 bejoldete Stadträte zu wählen, wurde mit den Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen gegen die aller bürgerlichen Fraktionen abgelehnt.

Damit schloß die Sitzung. In der Mittwochssitzung soll noch eine Spezialdebatte stattfinden und mit den Wahlen begonnen werden.

Groß-Berlin

Der Amtschimmel.

Glückstrahlend bestien Karlchen einen Korallenschimmel. Es war ein für Kinderbegriffe ganz prächtiges Tier, mit schokoladenbraunem Sammet, eingelassenen kleinen Spiegeln und braungrünen Schürkeln auf dem angepinfelten Gefähr. Das zinnoberrote Maul war zu breitem Grinsen geöffnet und die gläsernen Augen schauten drein wie die Augen eines toten Schellfisches, bei dem die Kiemen schon lange nicht mehr roia sind. Dieser Schimmel war belseibe kein gewöhnlicher Schimmel, sondern der Angehörige eines ganz außerordentlichen Geschlechts, denn seine vier Beine schwebten frei in der Luft und unter dem Sauch hatte er ein federndes Gestell, dem man bei ziemlicher Kraftanstrengung eine Vor- und Rückwärtsbewegung entlocken konnte. Karlchen maulte sich rechtlich ab und da sein kinderliebender Onkel, der mit dem kleinen Knirps gemeinsam die Fahrt angetrieben hatte, ihm noch energisch half, war der Schimmel bald in die lebhafteste Bewegung geraten. Als dann der Onkel, um Karlchens Freude noch zu steigern, sich mit seinem Gängelwerk vergeblich abmühte, bekam der Knirps einen hochroten Kopf vor Freude und jauchzte: „O, mein Schimmel läuft wie toll und beiner, beiner, der wackelt a nicht mal mit den Ohren.“

Da mußte ich an einen anderen, uns allen dem Namen nach so wohlbekanntem Schimmel denken. In den Amtschimmel nämlich, der in meiner kindlichen Phantasie solch' greifbare Gestalt annahm, daß ich diese noch jetzt nicht aus meinen Gedanken verjagen kann. Ich stelle ihn mir immer vor wie solch' 10-Viennig-Holzpferd aus veranagerten Zeiten. Beifmüllig grinnend, mit Weinen wie eingee-

er hatte es gerade flüchtig. Wenn er die hier anlegen könnte, ihm, dem Vohbauer selbst, war ein Gefallen damit getan.

Horn sah keine Frau an, zweifelnd, leise hoffend — er begegnete ihrem Blick; klar, fest und entschieden sah sie ihn an, da ließ er den Kopf wieder sinken. Ohne ein Wort zu sagen, ging er hinaus.

Da hob der Vohbauer den Stuhl, hinter dessen Lehne er stand und stieß ihn heftig nieder: „Meta — Sie! Sie sind es, die fortwollen!“

„Ja,“ sagte sie fest und sah ihm gerade ins Gesicht. Sie säwiegten beide. Ganz langsam lösten sich seine um die Stuhllehne geklammerten Finger.

In diesem Augenblick ging in ihnen beiden ein Wechsel vor. Sie fühlte, wie er kleiner wurde, wie sie ohne Furcht und Bewunderung vor ihm stehen konnte, wie sie selbst Macht über ihn gewann; und wie er, der starke Vohbauer, sich innerlich wand und sich beugte vor ihrem starken Willen. Ganz anders standen sie sich plötzlich gegenüber.

Eben noch, bei dem ersten Wort, hätte sie ihn hinausweisen müssen — jetzt wars nicht mehr nötig — sie zwang ihn, sie war die Stärkere! Jetzt konnte er reden, wenn er wollte — sie hatte keine Furcht mehr — und keinen Sauch. Sonderbar, daß sie ihn nicht einmal mehr hassen konnte.

Sie wartete, daß er sprechen würde. Endlich, sich gewaltiam zwingend, begann er: „Meta — warum wollen Sie mit Gewalt fort von hier?“

Rudig sah sie ihn an: „Es ist besser so — für uns alle!“ Er lachte auf. Kurz und rau: „Besser? In der Stadt besser als hier auf eigenem Grund und Boden?“

„Ach,“ sagte sie, „das ist ja so gleichgültig, wo wir bleiben.“

Er hörte heraus, daß sie nur auf jeden Fall fort wollte. Seine Augen folgten dem tannenbaumartigen Muster des weißen Sandes, der auf den Zielen gestreut war. Wöhslich hob er den Kopf: „Also — meintwegen wollen Sie fort! Nicht wahr?“ Als er es ansprach, fühlte sie, daß er recht hatte. Sie hatte es sich nicht eingestehen wollen, jetzt mußte sie es. Aber sie schlug die Augen nicht nieder.

„Ja, auch das, wenn Sie es hören wollen.“ Und sie empfand eine stolze Freude, ihm das ins Gesicht sagen zu können. Er anälte ein Nachen heraus. Es sollte köstlich sein, aber es klang nur bitter: „So verhaßt bin ich Ihnen also! Ich muß wohl ein ganz elender Kerl sein!“

(Fortl. folgt.)

Das Licht der Heimat.

Von August Hinrichs.

19] „Den mußst du mir zeigen,“ rief sie bezejstert, „wollen wir hin?“

„Rein — jetzt nicht mehr. Es regnet ja — und die Äpfel sind alle herunter.“

„Aber der Ast, auf dem man reiten kann, willst du mir den nicht zeigen?“

„Er schüttelte den Kopf: „Es wird ja alles verkauft,“ sagte er, und das Elend sah ihm in den Augen. Sie sah ihn eine Zeitlang still von der Seite an; es schluckte ihn in der Stühle, aber die Tränen zwang er zurück und sah bitter-troig geradeaus. Da legte sie ihre warme Kinderwange an seine und blieb still neben ihm sitzen. Das tröstete ihn wunderbar, und als sie noch die Rede feiter um ihn zog, hätte er ihr gern etwas Liebes getan. Er suchte in seinen Taschen, aber er hatte nichts, was er ihr schenken konnte.

Eine ganze Weile sahen sie still, endlich fragte das Mädchen: „Du, fährst du auch zuweilen mit deinem Vater?“

Er schüttelte den Kopf.

„Bist du lieber bei deiner Mutter?“ fragte sie weiter.

Er nickte.

„Meine Mutter ist immer krank,“ fuhr sie fort. „Aber mein Vater, der nimmt mich öfter mit. Führt Ihr nie aus?“

„Rein,“ sagte er, doch im Drange, sich zu verteidigen, fügte er hinzu: „Dafür erzählt mir meine Mutter zuweilen aber Geschichten.“

„Geschichten? Richtige Geschichten?“

„Natürlich.“

„Richtige Geschichten!“ sagte sie bewundernd, und nach einer Weile bat sie: „Du, erzähl mir doch eine, ich hab noch nie eine gehört.“

Da erzählte er ihr, erst schen und stöckend, aber bald fliehend und lebendig, das Märchen von der Moorhexe, und beide vergaßen den Regen, die verdrießlichen Menschen auf dem Hof und den ganzen traurigen Tag unter ihrem engen Leberberd.

Die Leute standen noch immer auf dem Hof. Jemand etwas ging im Haus vor, worauf sie warteten. Sie waren, wie das Wetter, mürrisch und verdrießlich und ihre nassen schwar-

zen Schirme hockten draußen wie große schwarze Krähen, die trübselig auf Leute lauerten.

Drinnen in der einzigen Stube stand der Vohbauer und redete. Plötzlich hatte er heute den Einfall bekommen, herauszufahren. Als er vor einigen Wochen hörte, daß Horn Foikers seine Stelle mit sofortigem Austritt verkaufen wollte, hatte ihn eine Unruhe gepackt. Gerade, als ob ihm jemand einen Streich spielen wollte, jetzt, da eben die gewaltige Arbeit draußen einigermäßen fertig war — da die Tannenrechnung gedieh und die Felder in Kultur standen, da das Ganze soweit war, daß auch die Zweifelster den Erfolg ausgeben mühten.

Was hatte sein Werk mit dem Verkauf dieser lächerlich kleinen Stelle zu tun? War nichts — nein!

Aber er konnte es nicht haben, daß Meta fortging. Heute war es ihm plöhslich klar geworden: alles, was er da geschaffen hatte, war ihrewegen geschaffen. Ja — ihrewegen! Ihn sollte sie sehen, ihn selbst, wenn sie den jungen Wald sah, und seine Arbeit, wenn sie nur aus dem Haus sah. Jetzt warte er's. Gatte er nicht immer draußen gepäht, ob ihre gerade und aufrechte Gestalt aus der Tür trat, war er nicht nur deshalb so oft herausgefahren, um sie heimlich zu beobachten, wenn sie auf dem Feld arbeitete.

Ja — ihrewegen hatte er mit dem Dampfzug die Heide zerreißen lassen, ihrewegen aufgeforscht und Acker aus dem Sand geschaffen. Hatte es ihn nicht jedesmal durchhaucht, wenn er sie nur von weitem sah? Jeden ihrer Schritte hatte er verfolgt, wenn sie dahinging, immer mit diesem fast lässig wiegenden, herausfordernd stolzen Gang, immer noch so aufrecht und schlank wie damals, als er mit ihr gelangt hatte. Genau so bewegte sie den Arm noch beim Gehen, jede kleine Eigenschaft fiel ihm in die Augen — ach, nur deshalb war ihm die Arbeit draußen so lieb geworden.

Da hatte es ihn heute gepackt.

Ru Haus sagte er, er wolle in die Stadt fahren, nahm sein Kind noch mit, um sicher zu gehen, — aber ganz von selbst waren die Pferde in den Sandweg abgebogen und hierher gelaufen.

Und jetzt stand er zum ersten Male in der kleinen Stube vor den Eheleuten. Er sprach auf Harm ein, der am Ofen stand und zu Boden sah. Er stellte ihm vor, wie er hier arbeiten müsse — ganz anders als bisher — was man herausholen könnte aus dem Boden und was da erst hinein müßte. Das Geld — pah — die kleine Grundschuld und noch so runde tausend Taler dazu, für einen gründlichen Anfang,

stiede Streichhölzer, einer gestempelten Apfelfung auf der Hinterhand und watterer Mähne und Schweiß.

Es begann ein allgewaltiges Rorden, genannt „gottgewollter Krieg“ und ihm folgten Revolutionen, es kniffen Herrscher aus und es türmten sich in den Straßen Barrikaden, es fraßen sich Schieber Schamerbüche an und Männer, Frauen und Kinder verhungerten, trotz ihrer emigrierten Arbeit. Den Amtsschimmel aber rührt nicht. Er hat sich als Verkehrshindernis quer über den Pfad gestellt, den der Begreifliche mit Fortschritt bezeichnen. Er tut getreulich seine Pflicht und die ist, aufreizende Verzögerung. Er ist der Schutzbeschiene des zehnmal heiligen Wögen Rückschritt. Er lenkt nur Instanzen. Und vor lauter Instanzen verlieren wir Weg, Ziel und Dafeinszweck, denn der Amtsschimmel wackelt ganz bestimmt nicht mal mit den Ohren.

Polin namens Jajer, die in der Friedrichstr. 185a einige Zeit ein Absteigequartier unterhalten und dabei viel Geld verdient hatte, verzog, nachdem sie die Pension jezt mit hohem Gewinn verkauft hatte, nach Rissa. Um die Ersparnisse über die polnische Grenze zu schaffen, hatte sie die Inneneinrichtung ihres Koffer ausbesseln lassen und darin die Tausendmarkstücke versteckt. Als sie nun wieder einmal nach Berlin gekommen war, um einen Teilbetrag wieder nach Rissa zu schaffen, wurde sie auf dem Bahnhof Alexanderplatz angehalten und der Koffer einer genauen Durchsuchung unterzogen. Dabei entdeckten die Beamten auch die ausgehöhlten Kisten, fanden das Geld und beschlagnahmten es. Das Dezernat A 3 behielt die Schmugglerin jezt in Haft und leitete außerdem noch nachträglich ein Verfahren wegen Auhellei gegen sie ein. — In dem Lokal von Goldberg in der Grenadierstr. 18 stellten die Beamten ein 20 Jahre altes Mädchen und eine 68 Jahre alte Frau, die von Kattow hierhergekommen waren, um sich dort im Auftrage eines Geldhändlers mit einem Berliner Geschäftsfreund zu treffen und diesem Silbergeld abzuliefern. Bevor sie jedoch dazu kamen, nahmen die Beamten die Frauen mit nach dem Polizeipräsidium. Eine im Dienste der Polizei stehende Dame nahm eine gründliche Untersuchung der Verhafteten vor und entdeckte dabei, daß deren Wäsche hart gepolstert war. Die Polsterung erwies sich als aus deutschem, russischem und österreichischem Silbergeld bestehend. Wie die Verhafteten gefanden, hatten sie die Fahrt von Oberschlesien hierher jezt zum dritten Male gemacht.

Die gestrige Demonstration.

Der kommunistische Demonstration vom gestrigen Dienstag ist noch nachzutragen, daß der Demonstrantenzug, nachdem er sich am Vormärtsgebäude unter Widerstreben einiger Kadaverlustigen vorbeibewegt hatte, über das Halleische Tor durch die Belle-Alliance-Straße zum Tempelhofer Feld zog. Auffallend war die große Zahl der halbwüchsigen Burken unter den Teilnehmern. Unaufhörlich wurden kommunistische Kampflieder, neue Texte, ziemlich bedenkenlos nach abbekannten patriotischen Weisen abgefangen. Zahlreiche Straßenverkäufer mit kommunistischen Eintagszeitungen wie dem „Alarm“ und der „kommunistischen Montagszeitung“ suchten bei den nach Tausenden zählenden mitlaufenden Neugierigen die Augenblicksopportunität auszunutzen. Auf dem Tempelhofer Feld lagerten sich die Massen um die Königspappel, um noch einmal die bekannten Phrasen über sich ergehen zu lassen. Noch einmal wurden „Freiheit“ und „Vorwärts“ wegen ihres ablenkenden Verhaltens „gegetzelt“, noch einmal wurde die Käsezentrale in der Münzstraße als feige und hinterhältig bezeichnet, weil auch sie nicht den Mut gehabt habe, zu dieser Demonstration mit aufzutreten. Noch einmal wurden Arbeitslose wie Arbeitende aufgefodert, für die in den nächsten Tagen kommenden neuen Demonstrationen bereit zu sein, um nicht nur die 24 Mitglieder der Weizensee kommunistischen Kampforganisation aus dem Moabit Gefängnis, wenn es sein müße, mit der Waffe in der Hand zu befreien, sondern den Gefangenen ganz Deutschlands die Freiheit wiederzugeben. Damit wurden die Demonstranten nach einem „Hoch“ auf die Weltrevolution entlassen. Zugweise geordnet begaben sie sich auf den Heimweg.

Der kommunistische Terror.

tat sich, wie nicht anders zu erwarten, gestern mehrfach hervor. Große Mengen Arbeitsloser und kommunistischer Arbeiter, die sich vor dem Gebäude der Knorr-Bremse Aktiengesellschaft in Lichtenberg angeammelt hatten, erdrasen das Gittertor und drängten die aus Arbeitern bestehende Torwache zurück. Andere kletterten über die Zäune hinweg, so daß bald eine tausendköpfige Menge in die Arbeitsstätten eindrang, die die dort Beschäftigten aufforderte, die Arbeit innerhalb zehn Minuten niederzulegen und sich zu entfernen, woraufhin sie die Maschinen zerstören würden. Es blieb den Bedrohten nichts weiter übrig, als sich dem Zwange zu unterwerfen und die Arbeitsstätte zu verlassen. Die von der Direktion herbeigerufenen Sicherheitspolizei, die eine Hundstunde entlaubt hatte, konnte wieder abräumen, da die Arbeiter und Demonstranten bereits die Fabrik verlassen hatten.

Ein Charlottenburger Parteigenosse schreibt und: Am Montag 5 Minuten vor Arbeitschluss wurde bekanntgegeben, daß nach Arbeitschluss eine „Beisprechung“ stattfindet. Nicht jeder war darauf vorbereitet, um die Zeit dafür aufzubringen. Gegen einige Stimmen wurde der „Beschluss“ gefaszt, zu demonstrieren. Am Dienstag morgen wurde bekannt, daß U. S. P. und der Metallarbeiterverband, sowie unsere Partei die Teilnahme ablehnten. Es machte sich auch ein nicht geringer Unwille geltend, der sich aber nicht offen zeigte. So kann umhin, diese Tatsache als eine Freundschaft zu bezeichnen. Zur besonderen Kennzeichnung der Teilnahme der Arbeiter der Firma Schapiro-Wilmersdorf an der Demonstration diene folgendes: Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden 24 Minuten. Am Freitag um 3 sparsen, ist die Arbeitszeit auf 3 Tage verteilt, die eine Hälfte der Arbeiterschaft arbeitet Montag bis Mittwoch, die andere Hälfte Donnerstag bis Sonnabend. Es waren also am Montag auch nur 50 Proz. der Arbeiterschaft im Betrieb, noch weniger in der „Beisprechung“ vertreten, die sich das Recht anmaßt ihren Beschäftigten der Gesamtarbeiterschaft der Firma aufzuschreiben, um so mehr, da man auf dem Standpunkt stand, daß man bei dreitägiger Arbeitszeit in der Woche nicht noch 1 Tag demonstrieren könne, da doch nach 4 Uhr Zeit genug wäre. Der Unwille vieler Kollegen ließ den „Radikalen“ geboten erscheinen, die eben am Ausgangstor abzufangen, damit ja keiner entwich. Das sich die Kollegen wider besserer Überzeugung wortlos den 5-7 Radikalen beugten und unter radikaler Bewachung zur Demonstration zogen, hat nichts mit Kollegialität zu tun und Toleranz hört da auf! Es war kein Männermut, sondern Feigheit!

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß sich die Weizensee kommunisten besonders bemerkbar machten. In Stärke von 150-200 Mann drangen sie in die Diensträume des Rathauses ein und verhinderten zunächst die Beamten an der Arbeit. Dieses Vorgehen genügte ihrem Latendrange aber bald nicht mehr und so begannen sie, das Rathaus zu „saubern“, d. h. alle Beamten und Registrationsangestellte mußten den Betrieb einstellen und das Rathaus verlassen.

Tumulte im Asyl für Obdachlose.

Kadde es bereits am gestrigen Morgen zu Aufschreitungen einer Anzahl Instanzen des Asyls, meist jungen Burken, gekommen war, war das Asyl in den Nachmittagsstunden wiederum der Schauplatz von Tumulten, die diesmal aber ernstlicher Charakter hatten. Kurz nach 1 Uhr sammelten sich etwa 300 Personen, fast ausschließlich junge Burken, zum Teil Besucher des Obdachs, an. Als ein Fuhrwerk in das Anstaltsgebäude einfuhr, benutzte die Menge die Gelegenheit und drang gewaltsam in den Hof und in die Räume des Obdachs ein. Die den Burken entgegenstehenden Beamten und Hausangestellten des Obdachs wurden jezt sämtlich angegriffen. Schwer verletzt wurde der Hausdiener Schwalbe, der einen Steinwurf gegen den Kopf erhielt, der eine schwere Gehirnerschütterung zur Folge hatte. Außerdem trug sich eine erhebliche Verletzung des rechten Beines davon, die von einem Schlag mit einem Schmelzbehälter. Die Verletzungen erwiesen sich jezt so schwer, daß Schwalbe nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Ein Aufseher erlitt durch Mißhandlungen erhebliche Verletzungen und mußte nach seiner Wohnung gebracht werden. Ein zweiter Hausdiener erhielt einen Schlag mit einem Eisentab über den Kopf und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Ebenso aber seinen Dienst später weiterzuführen. Nachdem das gesamte Hauspersonal alarmiert worden war, gingen die Hausangestellten energisch gegen die Eindringlinge vor und es gelang ihnen im Verein mit inzwischen hinzugeworfenen Mannschaften der Sicherheitswehr, die Menge aus der Anstalt zu vertreiben. Eine Anzahl der Haupttäfelsführer konnten im Laufe des gestrigen Nachmittags bereits ergreifen werden. Das Obdachlosenasyl hat infolge dieser Vorfälle einen stärkeren polizeilichen Schutz erhalten.

Polnische Kapitalverschieber.

Immer neuer Hilfsmittel bedienen sich die Kapitalverschieber und Goldhändler, um den Augen des Volkes zu entgehen. Eine

Kreisvertreterversammlungen.

In der vorigen Woche traten die Delegierten des 10. und des 20. Verwaltungsbezirks zu ihren Vertreterversammlungen zusammen. In beiden Konferenzen gab Genosse Häusler einen historischen Rückblick über die Entstehung und die Bedeutung der Wahlkreise und den Aufbau der Organisation in denselben. Darauf anschließend fanden die Wahlen zum Kreisvorstand statt. Im 10. Wahlkreis wurde zum Vorsitzenden Genosse Matorn-Jehendorf gewählt, zweiter Vorsitzender wurde Wirtz, erster Schriftführer Döke, zweiter Schriftführer Jahnke; zu Beisitzern wurden Holz, Jeschke, Schilling, Volzraich und Währ, zu Vertretern der Jugendorganisation Rudolf Schröder-Jehendorf, der Frauenorganisation Anna Schulze, zum Bezirksverordneten Quas-Dahlum gewählt. Die Vertreterwahl der Elternbeiräte wurde verschoben. Die Wahl des Vorstandes für den 20. Wahlkreis hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Reinhold Lorenz, Reinickendorf-Ost, 2. Vorsitzender Rudolf Genuß, Tegel, 1. Schriftführer Rudolf Küderl, Reinickendorf-Ost, 2. Schriftführer Heinrich Wendtland, Wittenau; Beisitzer: Robert Voigt, Tegel, Albert Knuth, Hermsdorf, Gustav Schwabedal, Rosenhal, Albert Herz, Tegel, Friedrich Kex, Reinickendorf-West; Vertreterin der Frauen: Marie Kottke, Reinickendorf-Ost, Vertreter der Jugend: Willi Voges, Vorflurwald, vorläufiger Vertreter der Bezirksverordneten: Alexander Mehet, Tegel. Der Vertreter der Elternbeiräte wird später nominiert werden. Die Besammlung des 10. Kreises wählte eine Reuenerkommission, die den Auftrag erhielt, innerhalb 8 Tagen an die Stadtratsordenungsabteilung Vorschläge betreffend die Befestigung des Bürgermeisterpostens zu machen.

Der Vortrag Dr. Löwensteins im Verband sozialistischer Lehrer ist verschoben worden und findet nicht heute, sondern am Freitag in der „Neuen Welt“, Hafenstraße, um 6 1/2 Uhr statt.

Am Sonntag, den 26. September, nachmittags 2 Uhr, findet im Lustgarten eine Massendemonstration der Eltern und Schüler für die weltliche Schule statt. Veranstalter sind die dem Kultur-Marxist Groß-Berlin angeschlossenen Vereine. Abmarsch um 1 Uhr von den Treffpunkten: Kuttiner Platz (Obbahnhof), Mariannenplatz (Feuerwehr-Denkmal), Belleallianceplatz (an der Lindenstraße), Humboldthain (an der Straße).

Das Ende des „Weizenstephan“ an der Potsdamer Brücke. Das bekannte Bierrestaurant „Zum Weizenstephan“ am Schönberger Ufer 23 schließt am 1. Oktober seine Pforten, weil der Besitzer des Hauses und Restaurants, Herr Pause, sich zur Ruhe setzt. Sämtliche Räumlichkeiten einschließlich der Kegelnbahn sind an eine Autogebirgsfirma vermietet worden.

Die Gefandtschaft der Tschechoslowakischen Republik in Berlin befindet sich vom 20. September in der Rauchstraße 27. Telefon: Nollendorf 4427, Lühov 2402. Die Wohnung des Gefandten befindet sich in der Regentenstraße 19a. Das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik verlegt am 25. September seine Büroräume in die Hilbrandstraße 11. Telefon: Norden 3678. In beiden Ueberbeschlusstage wird weder in der Gefandtschaft, noch im Konsulat amtiert.

Sozialistischer Bildungsabend. Konzert. Am Sonntag, den 26. d. Mts., findet das erste Konzert statt. Ueber Karten, die bis Donnerstag, den 23. d. Mts., nicht abgehoht sind, wird anderweitig verfügt. Mitwirkende aus dem ersten Konzert sind: Konzertmeister Lambdon, Violine; Theodor Voss, Rezitation; des Klavier-Orchester. Musikalische Leitung: Kapellmeister Selmar Menow. — Theateraufführung. Am 26. September: Die Heber von Gerhart Hauptmann. Eintrittskarten à 3,30 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof IV, Zimmer 11. Geöffnet von 9-4 Uhr und Donnerstag von 9-11 Uhr und 4-7 Uhr. — Sozialistische Bildungsabende. Die Vortragsreihen beginnen am Montag, den 18. Oktober. Der Vortrag ist bereits zur Ausgabe gelangt (30 Pf.). Dieser und Hörskripten (6 M.) sind zu haben bei allen Abteilungsvereinen, bei den örtlichen Bildungsvereinen, im Bureau des Bildungsausschusses, Buchhandlung Vorwärts und Horst, Engelauer 15, im Bureau des Bezirksvorstandes, in den Zelten 23.

Volksbühne G. B. (Vereinigtes Frick und Neue Freie Volksbühne). Freitag 7 Uhr: Nach der Besammlung von Frick und Neuer Freier Volksbühne Mitgliederversammlungen des Vereins Volksbühne. In welchen Lokalen sich die Angehörigen der verschiedenen Abteilungen versammeln, ist aus der Anzeige in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ ersichtlich.

Volksfürsorge. Bezirk Lichtenberg. Am Freitag, den 24. September, 7 Uhr, findet für den Bezirk Lichtenberg im Lyzeum Rathenowstraße eine Versichererversammlung statt. Referent Genosse Bruno Müller: Der Kampf gegen den Kapitalismus im Versichererwesen. Die Versicherten der Volksfürsorge sind eingeladen. Gäste willkommen.

Groß-Berliner Parteinaudrichten.

Heute, 22. September:

- 3. Abt. Bezirks des Stadtkreises Halleisches Tor: Jahlabend bei Dittschau, Schöneberger Str. 16. Vortrag des Genossen Kuhn über die Lage in Dürrezeiten.
4. Abt. 7 1/2 Uhr Gemeinamer Jahlabend im Nationalhof, Bismarckstr. 37.
16. Abt. 7 Uhr in folgenden Lokalen für die Bezirke 303, 306, 307, 310-315 und 287 bei Schaubert, Rüdowdortier Str. 3; Bezirke 286, 288, 289, 290, 291 u. 292 im Schulhof An der Schillingstraße 1; Bezirke 302, 304, 305, 308 und 309 in der Soj. Arbeitergemeinschaft, Am Obdachhof 17; Mitgliederversammlungen.
21. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabend in den bekannten Lokalen.
26. (neue) Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wilmann, Weihenburger Str. 1, Ecke Saarbrücker Str. Wahl der Abteilungsleitung und Parteiangelegenheiten.
31. Abt. 8 Uhr Jahlabend in den bekannten Lokalen.
16. Abt. 8 Uhr Jahlabend in den bekannten Lokalen.
Kreisvertreterversammlungen. 7 Uhr für den 13. Verwaltungsbezirk in Mariendorfer Lokal von Stedert am Bahnhoff. Eingeladen sind: Tempelhof, Mariendorfer, Rauenstraße und Lichterfelde. — Am Freitag, den 24. September, 6 1/2 Uhr, für den 15. Verwaltungsbezirk in Treptow, im Neuen Gesellschaftsraum am Bahnhoff. Eingeladen sind: Treptow, Oberflöhenstraße, Niederflöhenstraße, Robannishal, Herderhof und Alt-Wilhelms. Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Die Aufgaben der Kreise. 2. Wahl des Kreisvorstandes. 3. Anträge und Verschiedenes. Beschlüsse und Anträge sind schriftlich vor Beginn der Versammlung einzureichen.

Jungsozialistische Vereinigung G. B. D. Groß-Berlin. 7 Uhr im großen Saale der Bücher-Palais, Blücherstr. 61: Außerordentliche Generalversammlung.
Rentoffn. 5. Abt. Bezirksvereinsammlungen 7 Uhr. 60. u. 62. Bezirk bei Hoppe, Kaiser-Friedrich-Str. 172, 74/75. Bez. bei Tennert, Kaiser-Friedrich-Str. 68, 76/77. Bez. bei Amelungen, Schwarzkstr. 1, 78/79. Bez. bei Schmidt, Saalestr. 24, 80. Bez. bei Benzl, Marefstr. 1.

Morgen, 23. September:

Wahlkreis Prenzlauer Tor. Abteilungsleiter und Kassierer: Abrechnung vom Theater bei Burg, Prenzlauer Allee 189, 8 Uhr.
Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rokinertstr. 4: Deutscher Volksklub. Vortrag über: Die Frauen und die 88 218 und 219 des Strafgesetzbuches. Referentin: Frau Lindemann.
Schöneberg. Kreisvertreterversammlung 7 1/2 Uhr in der Scharlanta Feuerstr. 59. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben des Kreises. 2. Wahl des Kreisvorstandes. 3. Verschiedenes.
Schöneberg-Friedenau (Kreis XI). Die Delegierten sowie Abteilungsleiter werden auf die um 7 1/2 Uhr stattfindende Kreisversammlung, welche in der Schule Feuerstr. 59 tagt, aufmerksam gemacht. Tagesordnung: 1. Rückblick. Referent: Gen. Döke. 2. Unsere zukünftige Arbeit. Referent: Gen. Pause. 3. Wahl des Kreisvorstandes. 4. Verschiedenes.
Karlshorst. Frauenlehreabend im Lokal von Reichard, Waldowallee 1, 7 Uhr. Erscheinen aller Genossinnen dringend erforderlich.

16. Verwaltungsbezirk. Kreisvertreterversammlung Freitag, den 24. September, abends 6 Uhr, im Copenick im Bayernhof am Römischen Platz.

Beamten-Vereinsabend. Freitag 6 1/2 Uhr im Zimmer 10 des Berliner Rathauses: Volksversammlung. Tagesordnung: Agitation und Organisation in der Einheitsgemeinde. Referent: Klutowski.

Jugendveranstaltungen.

Jugendweihnachten 1920.

Die Kinder, die an der Jugendweihnachten im Lehrervereinshaus am 26. d. Mts. teilnehmen, kommen zu einer Vorgesprechung am Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Lehrervereinshaus zusammen.

Heute, 22. September:

Erster. Schule Alsterstr. Vortrag: Edlos, Dypnose und Suggestion. — Prenzlauer Vorstadt. Schule Senefelderstr. 67. Diskussionsabend. Patriotismus und wir. — Weiden. Faugenerstraße, Rurikstr. 141. Vortrag: Antikommunismus. — Buchholz. Gemeindegemeinde Berliner Str. 19. Bildungs- und Reigenabend.

Gerichtszeitung.

Das „Standrecht“ im Bilde.

Die gefälschte Matrosenerziehung.

Die Tendenzbilder entstehen, zeigte eine gestern vor der Strafammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulz verhandelte Angelegenheit gegen den Redakteur der „Freien Welt“, Felix Siffinger. In dieser illustrierten Wochenchrift erschien bekanntlich während des Marloß-Prozesses jenes vielbesprochene Bild, das die angeblich in Weizensee stattgefundenen standrechtlichen Erziehung zweier Matrosen photographisch wiedergab. Das Bild hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, es hat sich aber, wie auch unseren Lesern bekannt, herausgestellt, daß es sich um ein künstlich gestelltes Bild handelte.

Der Angeklagte stand nun unter der Anlage des Vergehens gegen § 131 St.G.B., weil er erdichtete Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet sind, öffentlich behauptet oder verbreitet habe, um dadurch Staatsanordnungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Entl. habe er im Sinne des § 21 des Preßgesetzes fahrlässig gehandelt. Der Angeklagte widersproch dieser Ansicht der Anklage: er habe gerade bezüglich der Prüfung dieses Bildes eine so außerordentliche Sorgfalt zur Anwendung gebracht, wie sie sonst bei der Presse im allgemeinen nicht üblich sei. Der Angeklagte berief sich auf mehrere Zeugen, die ihm auch beistanden, daß er sowohl, wie die verschiedensten Personen, die darüber ihr Urteil abgeben, keinen Zweifel an der Echtheit des Bildes gehabt habe. Unter anderem sei

das Bild auch einem Major vorgelegt,

der ebenso wie andere Offiziere öfter auf der Redaktion der „Freiheit“ erschien, dessen Namen er aber mit Rücksicht auf das Redaktionsgeheimnis nicht preisgab, und dieser Major habe gleichfalls begutachtet, daß das Bild zweifellos echt zu sein scheine. Der Junge Photograph Friedrich Müller aus Weizensee ist der Urheber des Bildes. Er hatte zahlreiche Soldaten zu seinen Kunden und war am 30. März mit seinem Apparat in die Kaserne im Rathause gegangen, um die Soldaten beim Kartenspiel zu photographieren; die Soldaten hätten aber dazu keine Lust gehabt, wofür dagegen ein

„Uff-Bild“

aufgenommen haben, die handrechtliche Erziehung zweier Leute darstellend. Da sei dann auf dem Hofe das Bild gestellt worden. Von dem Bilde seien 25 Abzüge gemacht worden und zu 60 Pf. je Stück an die Soldaten abgegeben. Was daraus geworden, weiß der Junge nicht. Er weiß nur, daß einer, der im Virchow-Krankenhaus lag, unter Hinweis auf die in seinen Händen befindliche Photographie

„sich bide tun wollte“

und behauptete, daß er bei der Erziehung dabei gewesen sei. Das Bild sei ihm dann von einem anderen Soldaten weggenommen worden.

Wie die Beweisaufnahme ergab, ist die Photographie dann an die verschiedensten Stellen und in die verschiedensten Hände gelangt, so in das Parteibureau der U. S. P. in der Schilderstraße 5 an den Parteifreier Kadreit, Weise, den Vorsitzenden der Volksmarinedivision Leich und von diesem an den Angeklagten. Es ist überall als echt erachtet worden. — Nach Schluß der Beweisaufnahme hielt Staatsanwalt Hof Schner in den Angeklagten nach § 21 Preßgesetzes für schuldig, da er fahrlässig gehandelt habe und beantragte die Höchststrafe von 1000 M. ebit. für 15 M. je einen Tag Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. E. Weinberg und der Angeklagte beantragten dagegen die volle Freisprechung, da in dieser Sache vom Angeklagten so sorgfältig und eingehend geprüft worden sei wie es nur möglich war. Von Fahrlässigkeit könne keine Rede sein.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. Die Verhandlung habe nicht ergeben, daß der Angeklagte gewußt hat, daß das Bild unecht war.

Sport.

Das Danerudern des Freien Ruderverbands Berlin findet am Sonntag, 26. September, ab nachmittags 11 Uhr, auf der 17 Kilometer langen Strecke Volkshaus „Vorwärts“ — Copenick — Röhrenwall in und zurück statt. Die Wettkämpfe sind recht zahlreich eingegangen und sind besonders im ersten und zweiten Vierer spannenden Ränne zu erwarten. Diese Wettkämpfe sind auf die Beteiligten weitestgehend andere Anforderungen, als die Regatta über 2000 Meter und entspricht auch mehr dem Charakter der Bundesvereine als Mitglieder der Wanderruderei. — Abends erfolgt Befamtag der Sieger in der Bodbrauerei mit anschließendem Tanz.

Deutsch-englische Vorkämpfe. Der englische Leichtgewichtler Rad Greenhof, der am Donnerstag, den 23. d. M., in der Schloßhauerer Schöneberg gegen Deiters antreten wird, wurde von der Kampfleitung in der Person von Weiz, Randerbender Straße, Vertretern der Presse vorgestellt. In dem Programm des Abends ist noch insofern eine Veränderung eingetretten, als in dem Schwergewichtslampf an Stelle des beherrschten Schäfers nach längerer Pause wieder Rompa im Ring erscheinen und gegen Vert Day antreten wird. Die Arbeiten zur Verfertigung des Gardens sind nunmehr beendet; es ist auf gute Sicht von allen Seiten aus besonderer Wert gelegt worden.

Die Auflösungs-demagogie.

In der Preussischen Landesversammlung wurde am Dienstag auf eine Anfrage wegen Zulassung von Volksschullehrern zum Amt der Schöffen und Geschworenen erwidert, daß ein Gesetzentwurf vorbereitet werde.

Die Vorlage über Umlegung von Grundstücken wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Zur dritten Beratung des

Kirchenaustrittsgesetz

findet keine Aussprache statt. Lerow die namentliche Gesamtabstimmung über das Gesetz begann, verließen beide sozialistische Parteien den Saal. Es blieben nur 109 Abgeordnete zurück, von denen 108 mit Ja und 1 mit Nein stimmten. Das Haus war also beschlußunfähig. In der kurz darauf eröffneten neuen Sitzung wurde die Verlängerung der Verordnung betreffend das vereinfachte Enteignungsverfahren in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kunze folgt die erste Lesung des

Ergänzungshaushalts,

wonach der Etat für den Dezember 1920 ausgedehnt werden soll.

Abg. Rippel (Deutschn.): Die Vorlage ist ein Beweis für die Arbeitsunfähigkeit dieser Versammlung, die in anderthalb Jahren noch nicht einmal die Verfassung erledigt hat. Namentlich der sozialdemokratische Teil der Regierung hat in dieser Zeit allerdings eine lebhafte Tätigkeit entfaltet, aber nicht im Interesse des Volkes, sondern der Sozialdemokratischen Partei. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der größte Teil des preussischen Volkes ist überzeugt, daß diese Versammlung und die Regierung die Loslösungsbestrebungen im Osten und Westen gefördert hat. (Große Unruhe links.) — Zahlreiche Abgeordnete der sozialdemokratischen Parteien drängen unter lauten Rufen nach der Rednertribüne vor. Rufe: **Gemeinheit! Frechheit!** Auf Befragen des Präsidenten Leinert wiederholt Redner seine Behauptung. (Große Unruhe bei den Sozialdemokratischen Parteien. Zurufe: **Lämmel! Schmutz!**)

Präsident Leinert erklärt die Bemerkung des Redners für unzulässig. (Zuruf rechts: **Zwischenruf zur Ordnung rufen!**)

Wir wird mitgeteilt, daß ein Abgeordneter Lämmel gerufen hat. Als Abg. Peters-Dobson (Soz.) erklärt, er habe diesen Zwischenruf gemacht, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Abg. Rippel (fortfahrend): Die Auflösung dieser Landesversammlung ist eine politische Notwendigkeit. Wir protestieren gegen die Fortdauer der Versammlung und fordern energisch das so oft versprochene Wahlgesetz. (Beifall rechts.)

Abg. Ludwig (U. Soz.):

Wird es noch größere Drucker als die, welche früher jedes Verlangen des Volkes nach Neuerung seines Willens unterdrückt haben und jetzt nach der Stimme des Volkes rufen? Wir haben schon vor langem Neuwahlen beantragt. Die Verzögerung dieses Antrags ist nicht unsere Schuld. Uebrigens hat das

preussische Parlament gar keine Vorkenntnisse,

wie sind ja nur Anhänger der Rechten. (Zustimmung bei den U. Soz.) Wir müssen endlich zum Einheitsstaat kommen. Wir als Oppositionspartei können der Vorlage nicht zustimmen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Hauschild (Soz.):

Selbstverständlich wird meine Fraktion dem Etat zustimmen. Wenn Herr Rippel hier eine große politische Debatte heraufschwören möchte, so tut er das nur aus wahlagitorischen Gründen. (Widerpruch rechts.) Zur politischen Aussprache haben wir noch beim Etat selbst und auch sonst Gelegenheit genug. Wir werden und deshalb hier nicht darauf einlassen. (Beifall links.)

Herr Rippel hat keine Veranlassung, sich über die Unfähigkeit dieses Hauses aufzuregen. Die Verfassung könnte ja längst beschwunden sein, wenn sie nicht von Herrn (nach rechts) Seite verbannt worden wäre. (Lebhafte Zustimmung links. — Unruhe rechts.) Die Rechte will nur die Massen

absinken von dem ungeheuren Schuldkonst,

mit dem sie belastet ist. Dieses Parlament hat sich bis zum heutigen Tage noch nicht arbeitsunfähig erwiesen. Sie verwechseln nur das ganze preussische Volk mit den Kreislern, die Zinsen nachsuchen. Sie haben am allerwenigsten Anspruch darauf, im Namen des ganzen preussischen Volkes zu sprechen. (Sehr richtig links.)

Wenn heute im Reich der Ruf ertönt: Was von Berlin, dann ist es in erster Linie Ihre Schuld. (Lebhafte Zustimmung links. — Große Unruhe rechts.) Weil der preussische Minister des Innern die Organisation bewaffneter Banden wie der Orzech zu unterdrücken versucht hat, haben Sie das Reich gegen ihn aufgerufen. Sobald dieses Haus seine Aufgabe erfüllt hat, ist es aufzulösen. Die Verfassung muß unter allen Umständen von diesem Hause noch gemacht werden, auch wenn weite Kreise auf Ihrer Seite das unmöglich machen wollen. Und die Verfassung ist nicht die einzige Aufgabe, die unbedingt von diesem Hause noch erledigt werden muß. Für die ganze Rede des Deutschnationalen war nichts anderes ausschlagentend als wahltaktische Gründe. (Lebhafte Zustimmung links bei den Sozialdemokraten.)

Ministerpräsident Braun:

50 Jahre lang hat das preussische Parlament eine ganz andere politische Struktur gehabt, als das Parlament des Reiches. Die Herren von der konservativen Seite haben gerade früher diese Verschiedenheit als einen ganz besonderen Vorzug des deutschen Parlamentarismus bezeichnet. (Unruhe rechts. Zustimmung links.)

Wünschen Sie, daß die Vorgänge im Reich sich jetzt wiederholen? Es war doch wirklich kein etatistischer Zustand, daß Sie im Wahlkampf nicht laut genug das Ausscheiden der sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Reichskabinett verlangten, und nach den Wahlen sich gar nicht genug bemühen konnten, die Sozialdemokraten wieder hineingubekommen. (Beifall links. Lebhafter

Widerpruch rechts!) Die Zuschriften und Telegramme über Neuwahlen lassen nach ihrem Wortlaut doch gar zu sehr die

bestellte Arbeit

erkennen. Seit einigen Tagen sind aber auch entgegengesetzte Meinungsäußerungen von großen Versammlungen an mich gelangt. (Hört, hört! links.) Also kann der Unwille des Volkes über diese Versammlung doch nicht so tiefgreifend sein. Im übrigen ist es Sache dieses Hauses selbst, festzustellen, ob es seine Aufgaben erledigt hat. Das Haus ist der Meinung, daß es dem Lande unter allen Umständen

eine Verfassung und ein Wahlgesetz

geben muß. Wünschenswert ist allerdings auch die Erledigung des Etats und anderer dringender Gesetze, jedoch dürfen diese nach Erledigung der Verfassung die Lebensdauer des Hauses nicht verlängern. Das Wahlgesetz geht in den nächsten Tagen dem Staatsministerium zu, es wird dort schnell beraten werden und kommt dann an dieses Haus. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Antrag Weber (Soz.) über Bekämpfung und Verdrängung von Bürgermeistern, Beigeordneten und Schöffen geht an die Gemeindeforschungskommission zurück. Der Antrag Hammer (D. Sp.) über Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere wird entsprechend dem Antrage des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen, nachdem Abg. Schmidt-Göppel (Soz.) die Zustimmung seiner Partei erklärt hat, da der Antrag wenigstens eine gewisse Erleichterung für die kleinen Tierhalter bringe.

In zweiter Lesung wird der Antrag Graf (Soz.) über Verbot der privaten Stellenvermittlung ohne Erörterung des Antrags des Ausschusses gemäß abgelehnt, dagegen der Ausschusantrag angenommen, wonach ein Gesetz über Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise gefordert wird.

Nach Erledigung von Anträgen für das durch Hochwasser ge-

schädigte Rheinland folgt der Antrag Graf - Frankfurt (Soz.) betreffend Ueberweisung entbehrlich gewordener

Truppenübungsplätze zu Siedlungszwecken,

Ueberweisung von Kasernen zu Wohnzwecken und Verkauf von Decretbeständen an Kleidung und Schuhwerk an die Kinderbewerksstellten.

Abg. Bähler (Soz.):

Die Militärbehörden sind sehr schwer dazu zu bewegen, Militärübungsplätze herauszugeben. Ich erinnere an das Tempelhofer Feld, wo der Antrag der Gemeinde Neukölln auf Erleichterung von Spielplätzen uim vom Reichskriegsamt abgelehnt wurde. Ebenso ist es mit den Kasernen, die angeblich für die Sicherheitswehr gebraucht werden. Heeresmaterial läßt man vielfach vermodern, statt es für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Wir beantragen Ueberweisung an den Siedlungsausschuß.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß in letzter Zeit die Anregungen Preußens beim Reich mehr Verständnis gefunden hätten.

Der Antrag geht an den Siedlungsausschuß.

Es folgt der Antrag Graf (Soz.) über

Baukontrollen.

Abg. Gasse (Soz.) begründet den Antrag unter Hinweis auf die geringe Zahl von Baukontrollen, die bisher angestellt seien.

Abg. Döllmer (D. Sp.): Das Betriebsrätegesetz macht die Baukontrollen überflüssig.

Ein Regierungsvertreter bemerkt, daß für die Hauptamtliche Baukontrolle zurzeit kein dringendes Bedürfnis vorliege.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.) stimmt dem Antrage zu.

Der Antrag wird dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, morgen die Anträge über Groß-Berlin zu beraten, erhebt Abg. Ludwig (U. Soz.) Widerspruch. Sein Antrag, jenen Gegenstand morgen nicht zu beraten, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Mittwoch 1 Uhr: Anträge über Änderung des Gesetzes Groß-Berlin. — Schluß 6 Uhr.

Ablehnung des Weikensee-Gerichtshofs

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Um die Mittagsstunde gab es ziemlich Unruhe im Gerichtsgebäude. Beamte der Sicherheitspolizei liefen im Lauffschritt umher, Befehle durchdröhnten die Hallen des Gerichtesgebüdes. Die Ursache war die um 11 Uhr eingelaufene Meldung daß von kommunistischer Seite in Weikensee und im Norden Berlins Blakate des Inhalts: **Auf nach Moabit! Befreit unsere Brüder aus dem Kerker! angeliebt worden seien und sich Demonstrationen mit roten Fahnen zum Teil mit russischer Schrift (!) auf dem Wege nach Moabit befänden. Von der Sicherheitspolizei wurde sofort der Platz vor dem Gerichtsgebäude, vor dem sich schon eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, gesäubert und abgesperrt. Dies ging ohne Zwischenfälle vonstatten.**

Bis in die Nachmittagsstunden zogen sich die Darlegungen der Anwälte darüber hin, daß das außerordentliche Kriegsgericht für diesen Prozeß nicht zuständig sei. Der Reichspräsident habe mit seiner Verordnung vom 30. Mai einen glatten Verfassungsbuch begangen, und ebenso ungeschmäht wie die Verordnung an sich seien auch die Ausführungsbestimmungen. An Stelle des Reichswehrministers, der mit der Aufkommensrechnung dieses Gerichtes beauftragt war, hätte der Reichspräsident auch seinen Sekretär, seine Frau oder seine Köchin beauftragen können. Anstatt der fünf Richter dieses Kollegiums hätte man auch fünf Korporalstudenten, fünf Deutschnationale oder fünf Kommunisten setzen können.

Staatsanwalt Kaminar trat dem entgegen. Es handele sich nicht um die Verordnung eines vom Kaiserwahlstimme besessenen Reichspräsidenten, vielmehr sei die Verordnung nachträglich im Parlament, wenn auch gegen die Stimmen der Unabhängigen, genehmigt worden. Die Verordnung sei nicht dem Hoch einer Klasse gegen die andere erlassen, sondern sie gründe sich auf den Willen der Volksmehrheit. Die Verordnung sei von der rechtsbürgerlichen Preßschar kritisiert worden, da man der Ansicht war, daß sie lediglich gegen die Freikorps, Einwohnerwehren usw. gerichtet sei. Ich kann Ihnen aber versichern, meine Herren, fuhr der Staatsanwalt fort, daß diese Verfassung sich

genau so gegen rechtsstehende Persönlichkeiten

richtet; die Unterdrückung gegen diese rechtsstehenden Persönlichkeiten wird in kürzester Zeit abgeschlossen. Sie haben mich geglaubt, das hier anzukündigen, obwohl ich mir bewußt bin, daß dadurch die in Rede stehenden Personen gewarnt werden könnten.

Nach abermaligen Erwidrerungen der Verteidiger beantragt der Staatsanwalt, da in der Verhandlung Dinge erörtert werden würden, welche das Staatswohl gefährden,

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Gericht zieht sich daraufhin zur Beratung zurück. Um 3 Uhr eröfnet der Gerichtshof wieder im Saal und der Vorsitzende verkündete folgenden Beschluß:

Das Gericht erklärt sich für zuständig.

In der Begründung heißt es u. a.: Ein Ausnahmegericht ist ein Gericht, das gesetzlich weder besteht, noch zugelassen ist. Dieses Gericht hier ist gesetzlich eingesetzt auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, der den Reichspräsidenten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besonderen Maßnahmen ermächtigt. Es ist klar, daß der Reichspräsident mit diesen Maßnahmen nicht etwa so lange zu warten hat, bis darüber ein Reichsgesetz vorliegt. Was das Reichsgesetz kann, kann auch der Reichspräsident. Im § 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes heißt es: **Geheimliche Richter ist der ordentliche oder der reichsgesetzlich bestellte Richter. Das letztere ist hier der Fall. Wir**

hatten solche reichsgesetzlich bestellten Richter schon früher in den Militärgerichten, in den Kantonal- und Schußgebietsgerichten. Geheime Richter ist auch der Sonderrichter. Dieses Gericht ist ein vom Reichspräsidenten ordnungsmäßig eingesetztes Sondergericht. Der Reichspräsident erblickt in dem Bestehen unerlaubter militärischer Organisationen eine Störung der öffentlichen Sicherheit. Und das mit Recht! Denn die Tätigkeit solcher wilden Organisationen, die auf eigene Faust handeln, führt zu einer Art

mittlerelichen Kaufrechts.

Wenn der Reichspräsident sich zur Wiederherstellung der Ordnung sogar des Militärs bedienen darf, bei dem es sehr leicht einmal zu Mißgriffen kommen kann, so darf er auch erst recht Gerichte einsetzen, bei denen für eine ordnungsmäßige Unternehmung Sorge getragen wird. Diese außerordentlichen Gerichte sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung so lange zulässig, als derartige illegale Organisationen bestehen. Die sonstigen Abänderungen bei diesem Verfahren liegen ebenfalls beim Bundesgericht vor, so zum Beispiel die

Unmöglichkeit des Rechtsmittels

gegen das erlassene Urteil. Zu den politischen Erwägungen, die hier vorgebracht wurden, nimmt das Gericht keine Stellung, da sie die Richter nicht berühren. Der Richter achtet nicht darauf, ob die Angeklagten irgendeiner Partei angehören, er sieht weder nach rechts noch nach links, sondern nur auf das Gesetz. Er ist unparteiisch.

Rechtsanwalt Lamp beanstandet die Zusammenfassung des Gerichts: In diesem Kollegium sitzen ein Vorsitzender, zwei gelehrte Richter und ein Major, die an der Erörterung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben. Der Vorsitzende und Landesgerichtsrat Jarmath werden weiter wegen Gefangenheit abgelehnt, weil sie ausföhrliche Vernehmungen der Angeklagten vorgenommen haben, bei denen auch Gegenüberstellungen der Angeklagten stattfanden. Wir ist z. B. ein Fall bekannt, in dem die Frau Frau Hoff der Vernehmung ihres Sohnes beizuwohnen mußte. — Vorsitz: Welche Vernehmungen soll ich denn vorgenommen haben? — Rechtsanwalt Lamp: Ich kann leider keinen der Angeklagten nennen. — Der Angeklagte Coall erhebt sich: Ich bin von dem Vorsitzenden vernommen worden. — Vorsitz: Das ist ein Verdictum. Das ist völlig unmöglich. Und von den anderen Herren ist Herr Geheimrat Dintel erst heute in das Gericht eingetreten. — Die übrigen Verteidiger haben inzwischen eingegriffen und Coall klargestellt, daß er sich erst und daß er tatsächlich von dem Vorsitzenden Landesgerichtsdirektor Ernst niemals vernommen sein kann. — Rechtsanwalt Lamp: Ich bin leider

das Opfer eines Irrtums

geworden. — Landesgerichtsrat Jarmath: Ich habe Gegenüberstellungen von Angeklagten, da sehr viele Haftbefehlsanträge vorliegen, lediglich im Interesse der Angeklagten selbst vorgenommen. — Das Gericht zieht sich hierauf zur Beratung zurück und nach Wiedereröffnung der Verhandlung verkündet der Landesgerichtsdirektor Ernst: **Der Antrag auf Ablehnung des Gerichts bringt leider eine**

weitere Verzögerung des Verfahrens.

Es muß eine andere Zusammenfassung des Gerichts stattfinden, da ein Vorsitzender und drei Richter neu gewählt werden müssen. Ich bedaure diese Verzögerung im Interesse der in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten und verlange die Sitzung auf Mittwoch mittag 1 Uhr."

Das langjam Wöberer
Seiden vertrieben am 29. Sept.
Kath. Seering
im 73 Lebensjahre, um
alle Zeitnahme bereit
K. Seering.
Einführung am Donnerstag,
29. Sept., nachm. 1 Uhr
im Krematorium Gerichtshof

Erbenanruf!
In der Nachlassliche
Marquardt wird der am
2. Dez. 1899 in Berlin geborene
Karl August Bernhard
Rauper, Sohn des Carl Emil
Rauper und der Anna Rauper
geb. Marquardt, gesucht vom
Nachlassliche
Rechtswalt Nicolaus,
Votodamer Str. 111.

Nervöse
Schlaflosigkeit, Unruhe,
Erregungen, Herzbeschwerden
werden behoben durch
Valerian aus belgi-
schen Pflanzenstoffen, die
natürl. Medizin zur Behand-
lung d. Nerven. Preis 1,50 Mk.
Otto Reidel, Berlin 43,
50, Eisenbahnstraße 1.

Schlafzimmer
außen und innen Eichen, mit 1,20 Meter breitem 7000.-
Schränk, echtem Marmor, komplett . . . M. 7000.-
Georg Schmidt & Co., H.,
Kottbuser Damm 77.

**Genossen! Platin-Brennstifte, -Kon-
takte bis 250.-, Goldbruch, Silber-
bruch, Zahngebisse bis 4500.-,
Platinlangstiftzähne nicht unter 10.-**
hust Schubert, Bärowaldstr. 53. und
John, Chausseest. 110, vom I. Portal I.

Dr. med. Hollaender,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung,
Blutuntersuchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 18, diskret verschlossen Mk. 2,50
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4

Neu!
Frauenstimmen
Beiträge der sozialdemo-
kratischen Volksvertre-
terinnen zu den Zeitfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Cindensstraße 2

Detektei **„Der Sieger“** Berlin SW. 48.
Dr. Steg. Besselstraße 14,
Tel. 1. Moritzplatz Nr. 5435.
Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte allerorts.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten- Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 " 105 " "
333 " 65 " "
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist tugendlos aus
massivem Golde hergestellt
bei voller Garantie für Fein-
gehalt! Jede Größe am Lager.

G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezial-
geschäft für Trauringe,
C. 19, Seydelstr. 5
(Spittelmarkt)
Eigene Fabrikation.

**Lumpen
Papier
Metalle
Eisen**
H. Samuelsohn
Neuhausstr. 28
Moritzpl. 490.

Altmetalle
Zinn, Lötzin, Lager-
metalle, Quecksilber
höhere Preise.
Dresdener Straße 18-14.

Erfinder
belehren sich zur Herstellung
und Verkauf ihrer Erfindungen.
Ihren einen Patentkostenlos!
Erfolg u. a. Verkauf eines
Patentes durch unseren Mit-
arbeiter für
850 000 M.
F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königgräzer Str. 71.

**12 000
Strauß-
federn**
zu verkaufen, ca. 1/2 Meter
lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M.,
5 M.; ca. 1/2 Meter lang 5 M.,
10 M., 15 M., 25 M.
Muster gegen Nachnahme.

Hesse, Dresden,
Scheffelstraße.
Harzkäse
Stück ca. 4 Pfund Inhalt für
20 M. in der Unterweg-
Kochschale, Stand 60 u. 70,
Gans Maichte. 91/16.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenlutz
Friedrichstr. 125
Sonnt. 11-1. Snobilla, Darm-
heilen, Wundheilung, Blindersehen,
Schneid, Hühner, Jähren, Knie, etc.
ohne Verletzung, Teilsahl.

**Spez.-Beh-
aus für Ischias**
in Hüften, Gesäß und Beinen.
Da schwere Fälle in 15 Tag-
beheilt werden, hierüber an-
tastbare Heilerfolge be-
stehen und Referenzen
Invalldenstr. 106
von 9-3. **Jacoby**

Dr. med. Grütering
Haut, Horn-, Unterleibsleid
b. Männ. u. Frauen, Blatunter
Invalldenstraße 35, Ecke
Chausseestr., Steit. Bf. Spr.
Wochentlich 11-1, 4/5-7/7

Steyptdecken
gr. Quam. preisen.
Bernh. Strömannstr.
5, Wallstr. 72.
Alle Steyptdecken
werden aufgebettet.
Fourniere,
Eich. 6 M. Ruff. bill. Verkauf
Prenzlauer Str. 40, 2. Höl. *

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
(Außer Abonnement.)
Tristan und Isolde.
5 Uhr.

Schauspielhaus.
Fuhrmann Henschel.
7 Uhr.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Romeo und Julia.
Donnerstag, 2. Male, 7 Uhr:
Einsame Menschen.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Frühlingserwachen
Do. 8 Uhr: Die Brandstätte.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstadt).
7 Uhr: Dames, 9. Abt. L.Abd.
Do.: Julius Caesar (auß. Ab.)

Theater L. d.
Königsgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Edelgest.
Donnerstag, zum 1. Male:
Mirandolina.
Lustspiel von Carlo Goldoni.
(Eise. Meins, Heinz Salfner,
Joh. Remann, Julius Brandt,
Ernst Prock, Dora Schüller,
Eva Brock, Ernst Behmer.)
Freitag: Edelgest.

Komödienhaus
1/2: Elia Nacht im Paradies.

Berliner Theater
1/2 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritz Massary

Central-Theater
7 1/2 U.: Frau Bärbel.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Carmen.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 U.: Hoheit die Tänzerin.

Kleines Theater.
7 1/2 U.: Die Pfarrhauskomödie

Kl. Schauspielhaus.
7 U.: Der Floh im Panzerhaus

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Beck in
Zwangselnquartierung.

Metropol-Theater.
7 U.: Hollandweibchen

Neues Central-Theater
7 1/2 U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus
7 1/2 U.: Die Csikósharons.

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Biberpelz

Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 U.: Nathan der Weise

Thalia-Theater
7 1/2 U.: Der dumme Franzl.

Tham Nollendorfsplatz
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens
7 1/2 U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater
7 1/2 U.: Die Frau im Dunkeln.

Walhalla-Theater.
7 1/2 U.: Gastsp. Hartstein

Residenz-Theater.
Täglich
7 1/2 U.: Die Freundin.

Trion-Theater.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen.
Abend 8 Uhr:
Hans Arnsfeldt u. P. Otto:
UNTREU.
Donnerstag, 23. zum 1. Male:
Der Roman einer Frau.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Ratten.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tel. 3/8:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt“.
Singspiel mit Viktor Litke
Sonntag 7 1/2: Gebrüder Zorn

walhalla
Theater
a. Rosenfelder Pl.
Heute und
folg. Tage: 7 1/2
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 1484.
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Blüthen-Konzert
Beginn 7 Uhr.
Vorv. 11-1 1/2, 4-6 Uhr

Admirals-Palast
7 1/2 Filz in St. Moritz.

Friedrich-Wilhelmstadt.
Theater.
Der größte Operetten-Erfolg!
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
**Ihre Hoheit
die Tänzerin**
Operette von Walter W. Goetze.

Grossen Erfolg
erziel. Anzeig. Vorwärts. Wer daher etwas
Jeder Art im Grundstücke, Läden oder
Geschäftsrumme pachten oder Ver-
pachten, mieten od. vermieten will
inseriere in Vorwärts
Jeder Versuch
lohnt!

„Wie Schnee, der frisch vom Himmel fiel,
Wird Wäsche gewaschen mit BORAXIL.“

**Sie kennen BORAXIL
nicht wieder, so gut ist**

es jetzt. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, denn
BORAXIL in der neuen Qualität genügt selbst den verblüfftesten
Ansprüchen. Es giecht dem guten Friedenseifenpulver aus
alter Zeit. Wenn Sie BORAXIL in Ihrer Gegend nicht erhalten,
rufen Sie Zentrum 2575 an, wir nennen die Ihnen nächst-
liegende Boraxil-Verkaufsstelle oder senden Ihnen ein Paket
für Mk. 3.50 frei ins Haus. Sie sind entzückt, wenn Sie mit
dem neuen Boraxil waschen, es gibt nichts Besseres.

KRISCH-GESELLSCHAFT M. B. H.
BERLIN SW. 68, ZIMMER-STR. 13
Zentrum 2575.

**30 000 Mk.
Belohnung!**

In der Zeit vom Sonnabend, den 15., bis Montag,
den 20. September, ist in den Geschäftsräumen der
Firma Frh. Singer, Berlin, Mohrenstr. 13/14, ein
Einkauf verübt und Betrugswesen im Werte von
300 000 M. gestohlen worden.

Ermittelt wurden: 1) Wilam-Mantel, 1) Rutilio-Mantel,
2) Silber-Mantel mit Silberbesatz, 3) Weißtuch, 2) Grau-
tuch, 16) Wäsche-Güthe, 1) Reibschiff, 1) amerikanischer
Opium-Ruß und Schäl, 2) Reibschiff, 1) Reibschiff-Blam-
schiff, 1) Stants-Cape, 1) Rutilio-Futter, 1) Wilam-Ruß, 1) Rutilio-
Fude, 1) Silber-Mantel, 1) Rutilio-Glata mit Silber und
3) Schmelzer. Außerdem sind in großen Mengen unvorarbeitete
Felle gestohlen worden, wie: Hermeline, Seal, vng. Otter,
Seeb-Otter, Weißschwänze, Pelkaner, amerikanischer Opium,
anständiger Opium, Stants, Rutilio, Silber, Rutilio, Seal,
Rutilio, Jute.

Die Belohnung sichern wir demjenigen zu, der uns
unverzügliche Angaben zur Wiederherstellung der gestohlenen
Gegenstände macht. Für Verhelfung eines Teils des
gestohlenen Gutes werden 10 Proz. des Wertes vergütet.

Die belohnte Mitteilung ist zu richten an:
Kriminalkommissar Gopp, Polizeipräsidium Berlin,
Tel.-Amt: Zentrum 9091. Hausanruf: 432 und 564,
oder an
Stuttgarter-Berliner Versicherungs-Mitteln-Gesellschaft,
Verwaltungsbüro Berlin, Oranienburger Str. 60/63.
Tel.-Amt: Norden 2204-2205.

**Juwelen
Perlen
Margraf & Co.**
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9
Telefonstr. 18 A.
Tel.:
Zentr. 5004.

**Ankauf
von
Juwelen**
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9

Everth & Mittelmann
Bankgeschäft
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petriplatz 4 Gegr. 1875
gegenüber der Petrikirche.
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 115 41.
An- und Verkauf von Effekten und Coupons
Geschäftszeit 9-3.

Schloßbrauerei Schöneberg
Hauptstr. 122/23 Dir. E. Krämer

Donnerstag, den 23. September:
**Deutsch-englischer Boxabend
Hauptkampf**
Jack Greenstock-London
Englands premier Lightwight
gegen
Georg Deiters-Hannover
(vorm. Australien, Sieger über Spört, kämpfte
mit Dumas)

sowie 3 weitere spannende Kämpfe.

Anfang 7 Uhr.
Loge 75.—, 1. Platz 50.—, 2. Platz 25.—, 3. Platz 10.—
Vorverkauf von 10-12 und 4-6 im Etablissement
Schöneberg und bei A. Wertheim, Leipziger Platz.

Klubsessel
Qualitätsware aus
eigenen Werkstätten.
Überzeugen Sie sich
durch den Besuch unserer
Ausstellung von unserer
bedeutend herab-
gesetzten Preisen.
Berlin C 2, Neue Promenade 1
Eckhaus am Bahnhof
Borsig, I. u. II. Stock

Berliner Sitzmöbel-Industrie G. m. b. H.

Fabrikgrundstück
Berlin N 70, Wriezener Straße, nahe der Bahn, preiswert
zu verkaufen.
Staigebäude, Lager-Räume, Zentesimalwaage. 930D
Auf Wunsch sofort freizumachen.
Walter O. P. Schilsky G. m. b. H., Berlin, Ritterstr. 90.
Fernsprecher: Moritzplatz 145 14 und 154 24.

Möbel
Bar oder Teilzahlung

bei kleinster An-
u. Abzahlung
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen:
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzeln Möbel

Lieferer auch n. auswärt.
Lagerung kostenlos.

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

**Schloßbrauerei
Schöneberg**
Hauptstraße 122/23
Dir. E. Krämer

**Großer und
kleiner Saal**
für Vereine und Fest-
lichkeiten noch einige
Tage in der Woche zu
vergeben.

**Rajanol-
Sautcrème**

vornehm parfümiert, nicht
trocken, macht die Haut zart
und weich. Eleg. Verpackungs-
dose 7,50 M., Tube 3 M.

Sie haben in Drogerien und
Parfümerien, wo nicht, vom
Hersteller:

Hausfrauen!!!
Mittwoch bis Sonnabend
kaufe und zahle für Lumpen
die höchsten Preise, für alte
zerissene Wollstrumpf-Ab-
gewürkte, Wollgestrickte, Woll-
gewürkte per Kilo 10.- M.,
für alte zerissene Damen-
kleiderstoffe per Kilo 7.- M.
Ankauf in Restaurant
Keller, Wassertorstraße 71.

**Zinn, rein 47.— per kg
Weißmetall . 30.—
Kupfer . 17.25
und andere Metalle kauft
laufend höchstzahlend
Eichler, Mallder
Straße 25
zwischen Bahnhof Gesund-
brunnen u. Schönhäuser Allee.**



**ULLSTEIN-
Schnittmuster**
A. Wertheim
in allen vier Geschäften.

**Fouriger
Sägewein**
Santa Luga
Depot: Bergstr. 34, Nord. 6822.

Platin
Abfälle
Gold-Kontakte
Silberbruch
Zahngelasse
Quecksilber
Brennstoffe
kauft zu höchsten Tages-
preisen
Adolf Friedländer
Kommandstr. 29
1 Treppe rechts
Moritzplatz 4302.

Preise herabgesetzt!

Schlafzimmer
Eiche 4000 M.

Speisezimmer
Eiche 4000 M.

Herrenzimmer
Eiche 3500 M.

Julius Krause
40 Kastanienallee 40

!!! Geld !!!
für jede Vertische, höchst An-
fordernde für Plandörche,
Bellanten, Gelbgegendne,
Leppiche, Bücher usw. Wolff,
Friedrichstr. 41 III. Ed. Raditz.

Stellenangebote
Sattlerarbeiter,
3 oder 4 Sattler, tüchtig
und strebsam, erhalten so-
fort dauernde Stellung bei
Arvid Sundquist, Skele-
letsch, Schweden, Reparatur-
arbeit, wird nicht ausgeführt.

Stenotypistin
in angenehme Stellung per
1 Oktober gesucht. Rubuf,
Sachler & Co., Elsböhr. 14.

Kupfer,
Weißes, Rotes, Rot, Weiß,
Blau, Gold- und Silberbruch
sowie sämtl. u. Edelmetalle
kauft höchstzahlend

Metal-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Germannisch). Mpl. 13580.

Deutscher Metallarbeiter-Verein,
Verwaltungsbüro Stettin
sucht zum sofortigen Eintritt einen
1. Geschäftsführer
mit Verwaltung und Kognition vorzuz. Mindestens 5 Jahre
Verbandsmitglied. Auf dem Boden der Stuttgarter Verbands-
Generalversammlung abgelehnt.
Festsetzt wird nur auf 1. Kraft.
Demnach werden solche Kollegen, welche angeführten Posten
bereits bekleidet haben.
Sollt nach der auf der Stuttgarter Generalversammlung
beschlossenen Wahlzettel.
Sollt unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der
Arbeiterbewegung mit Niederchrift sowie die Angaben eines
I. Geschäftsführers bis 30. September 1920 mit der Auf-
schrift: „Bemerkung“ an
R. Frank, Stettin, Gustav-Adolf-Str. 9
zu richten. 1207

Schlauch-Meister
von **erstem Wert der Gummi-Industrie**
für Lebensstellung gesucht. Gefl. Angebote unter E. T. 293
an ALA-Moosentel & Vogler, Hannover. 854

A.E.G.
sucht zum sofortigen Eintritt
tüchtige, ältere, perfekte
Hand- u. Preßluftleiter
für Tender- u. Rannbau, die schon
in Lokomotivfabriken beschäftigt
waren. Persönliche Vorstellungen
bei der Allgemeinen Elektrischen
Gesellschaft-Lokomotivfabrik, Neu-
nigsdorf bei Berlin. Arbeiter-
annahme Tor 1 in der Zeit von
7-9 Uhr vorm.

Färbergehilfe
mit der Behandlung von Rauhstoffe durchaus vertraut, mög-
lichst aus württembergischer Herkunft, stellen ein
Deutsche Zellstoff-Textilwerke G. m. b. H.,
Post: Berlin-Hiltlerteile 1, Schilffisch 11.

Straßenhändler
werden sofort eingestellt gegen Lohn und Provision
„Vorwärts“, Hauptexpedition,
Lindenstr. 3 (Laden).

Hilfe dem Saargebiet!

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Gemeindevorsteher des Saargebietes in Saarbrücken hat am die Reichsregierung den dringenden Aufruf gerichtet, das gegen seinen Willen für fünfzehn Jahre losgerissene Saarland vor der wirtschaftlichen Abschnürung gegen das Mutterland tunlichst zu bewahren. Das Saarland sei deutsch und wolle deutsch bleiben, rechne aber auch auf deutsches Entgegenkommen.

Der Kampf um Preußen.

Der Vorkonferenzrat der Landesversammlung befahte sich am Dienstag mit dem Begehren der Reichsparteien nach säkularisierter Auflösung des Hauses. Die Deutschnationalen und Volksparteier schlugen als Wahltermin den 28. November oder 12. Dezember vor und verlangten darüber Abstimmung, die aber von den Vertretern der Mehrheitsparteien abgelehnt wurde, weil ein Termin unmöglich festgesetzt werden könnte, bevor nicht aus den weiteren Verhandlungen des Verfassungsausschusses klar zu ersehen sei, ob und wie die Verfassung verabschiedet werde.

Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, auch den Etat unter allen Umständen zu verabschieden, während die Reichsparteien sich diesem Vorhaben entschieden widersetzen. Es wurde ihnen entgegnet, daß es unmöglich sei, ein volles Jahr mit dem Rotetaz zu regieren und daß dies dem parlamentarischen System völlig widerspreche. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt. Einig waren sich alle Parteien darüber, daß die Besoldungsvorlage noch verabschiedet werden soll, doch wollen die Deutschnationalen nicht auch die Deckungsvorlage noch beraten, sondern sie dem nächsten Landtag überlassen, während die Sozialdemokraten auf Verabschiedung der Deckungsvorlage drängen.

Der Entwaffnungskommissar in München.

Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ hat der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters am Montag in München mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Kafer die Gesichtspunkte besprochen, welche für das Entwaffnungsgezet maßgebend waren. Vereinbarungen irgend welcher Art sind dabei aber nicht getroffen worden.

Theoretisch wird wohl zwischen beiden Herren Übereinstimmung herrschen, daß die Reichsgeetze auch für Bayern gelten. Praktisch liegt aber die Sache so, daß, wie der Hauptmann Treu richtig bemerkte, in Bayern nicht die Einwohnerwehr von der Regierung, sondern umgekehrt die Regierung von der Einwohnerwehr abhängig ist. Es ist daher nicht ersichtlich, daß die Besprechung ohne Ergebnis verlief.

Münchener Ehrenpreis für Orgesch.

München, 21. September. Der Antrag der Landesleitung der Bayerischen Einwohnerwehren, für das Landeschießen einen Ehrenpreis zu stiften, ist in der heutigen Stadtratssitzung nach sehr erregten Szenen, an denen sich auch ein großer Teil der Galerie beteiligte, und nachdem die U. S. P. D. den Saal verlassen hatte, mit den bürgerlichen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten angenommen worden.

Mit fliegenden Fahnen nach Moskau.

In der unabhängigen Presse werden jetzt täglich die Berichte aus dem Parteizentrum und Bezirken veröffentlicht, die die Stellungnahme der U. S. P. D. Leute zu den Moskauer Sliavenbedingungen — um mit Ruise Jich zu reden — widerspiegeln. Die Zusammenstellung rechtfertigt den Eindruck, daß die Mehrheit der U. S. P. D. die sich fälschlich immer noch als „sozialdemokratisch“ bezeichnen, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Moskauer marschiert.

Die Stuttgarter Vertrauensleute der U. S. P. D. haben sich mit allen gegen 20 Stimmen mit der Annahme der Bedingungen einverstanden erklärt und außerdem Protest gegen die Vorverlegung des Parteitagestages erhoben.

Die Groß-Berliner Unabhängigen drängen sich natürlich danach, als erste in Moskau einmarschieren zu können. Zu dem bisherigen Distrikts- und Bezirken, die sich schon für die Moskauer Bedingungen ausgesprochen haben, tritt nach der „Freiheit“ auch der 10. Bezirk, der „nach lebhafter Diskussion, mit großer Majorität und hartem Beifall“ einer Resolution zustimmte, die die Moskauer Thesen als Voraussetzung des Weiterreichens der sozialen Weltrevolution erklärt. Die Mitgliederversammlung in Weichensee erklärt in den Moskauer Thesen „ihre aus dem Herzen gesprochenen Anschauungen“ und verlangt, daß die für deutsche Verhältnisse notwendigen Organisationsmaßnahmen schnellstens vom Parteitag beschlossen werden. Außerdem verurteilt sie aufs schärfste die „antibolschewistische Propaganda“ Dittmanns als Konterrevolutionär!

Von der Mitgliederversammlung in Charlottenburg wird berichtet, daß von ungefähr 800 Anwesenden nur etwa 20 bis 30 sich der Stimme enthielten, alle übrigen aber in großer Begeisterung für das Moskauer „Slavenjoch“ stimmten. Auch die Versammlung der Magdeburger U. S. P. beschloß mit erdrückender Mehrheit die Annahme der Moskauer Bedingungen, trotzdem die soeben erst von den Magdeburgern in den Reichstag gewählten Abgeordneten Brandes und Dittmann als Referenten sich entschieden gegen die Annahme dieser Bedingungen ausgesprochen hatten.

Dieser Serie von Zustimmungserklärungen, die wir in einer Nummer der „Freiheit“ finden, kann dieselbe Nummer nur eine einzige ablehnende Meinungsäußerung gegenüberstellen. Nämlich die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Forst (Laußitz) hat sich zwar auch für den Anschluß an Moskau, aber nicht für die Annahme der Bedingungen ausgesprochen. Das ist ein etwas magerer Trost!

Antisemitische Sprengstoffkone. In Rürnberg wurde eine öffentliche Versammlung der Deutschdemokratischen Partei, in der Reichsminister a. D. Gothein über den Freisabbau sprechen wollte, von Anhängern des antisemitischen Schut- und Truhbundes gesprengt. Wenn diesen Feldern dann ihre eigenen Versammlungen unmöglich gemacht werden, schreien sie Ach und Weh! Und doch leben sie politisch nur, weil die Arbeiter zu besonnen sind, um ihnen gleiches mit gleichem zu vergelten.

Groß-Berlin über den Genfer Kongreß.

Vor den Funktionären der S. P. D., die Dienstagabend in sehr großer Zahl in der Bod-Bräuerei versammelt waren, hielt Genosse Eduard Bernstein einen Vortrag über den Internationalen Kongreß in Genf. Einleitend bemerkte er, daß die äußere Aufmachung des Kongresses der Dritten Internationalen in Moskau glänzender war als die Tagung in Genf, daß aber in Genf mindestens viermal soviel organisierte Arbeiter vertreten waren als in Moskau.

Die Moskauer in ihrem jektierischeren Geist wollen die ganze Internationale unter eine autokratische diktatorische Leitung stellen. Sie verlangen die Exkommunikation aller, die nicht in allen Punkten mit den Diktatoren einverstanden sind. Dagegen herrschte in Genf das Bestreben,

durch Verständigung zur Einigung

zu kommen. Das ist denn auch in Genf erreicht worden. Ueber die Verhandlungen des Kongresses führte der Redner unter anderem aus: Die Schuld am Kriege hat der Kongreß nicht einem Lande allein zugeschoben, sondern anerkannt, daß alle Regierungen am Kriege schuld sind, daß aber die Hauptschuld die damalige deutsche und österreichische Regierung trifft. Das muß betont werden nicht nur im Interesse der internationalen Verständigung, sondern auch zur Aufklärung des deutschen und österreichischen Volkes. Es steht fest, daß die französische und die englische Regierung den Krieg nicht wollten. Auch der Zar war durchaus nicht zum Kriege entschlossen. Die deutsche Regierung hat durch die Kriegserklärung, für die kein Grund vorlag, ein schweres Verbrechen begangen. (Sehr richtig!) In der Frage der Kriegsschuld war man sich in Genf einig. Anders war es in der Frage, wieweit der deutschen Sozialdemokratie eine Schuld am Kriege zuzusprechen ist. Doch auch in dieser Frage ist sich der Kongreß einig geworden. Die angenommene Resolution atmet den Geist der Versöhnlichkeit und des Bemühens, sich gegenseitig zu verstehen. In der Beurteilung des Versailler Vertrages sei der Kongreß einig gewesen. — In der Frage der Zulassung habe der Kongreß durchaus im Sinne sozialistischer Kameradschaftlichkeit gehandelt. Er habe es vermieden, sich in die Parteistreitigkeiten der einzelnen Länder einzumischen. Auch die grundsätzliche Auffassung der russischen Bolschewisten würde kein Hindernis des Anschlusses an die Genfer Internationale sein, offen bleibe allerdings die Frage, ob man ihnen gewisse Handlungen verzeihen könne. — Es sei zu bedauern, daß

keine enge Fühlung der deutschen mit der polnischen Sozialdemokratie

bestehe. Sie müsse erstrebt werden. Als System sei die Diktatur zu verwerfen, wenn sie auch in revolutionären Zeiten vorübergehend angewandt werden könne. Manches könnte in Deutschland anders sein, wenn nach der Revolution der Rat der Volksbeauftragten keine Diktatur angewandt hätte, um mit diesem Akten aufzuräumen. Daß das nicht geschehen konnte, sei die Schuld derjenigen, die vom ersten Tage der Revolution an den Spaltspiz in die Arbeiterklasse getragenen und dadurch die Erfolge der Revolution verdorben haben. (Sehr richtig!)

Der russische Rubel

hat zur Zeit des Jaren nicht schlimmer gearbeitet wie jetzt unter der bolschewistischen Herrschaft. Durch ihre Treibereien haben die Bolschewisten die Reaktion gestärkt.

Auf dem Amsterdamer Internationalen Kongreß 1904 habe Naurés mit Recht sagen können, die Furcht vor dem deutschen Militarismus, die die allgemeine politische Lage beeinflusst, sei nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht in der Lage gewesen sei, die Macht des Militarismus zu brechen, weil ihr trotz ihrer großen Wählerzahl noch die zwei wesentlichen Mittel der proletarischen Aktion fehlten, sie habe weder die revolutionäre noch die parlamentarische Aktion. Heut habe

die französische Sozialdemokratie

weder die revolutionäre noch die parlamentarische Aktion. Sie habe keinen Einfluß auf die Gewalttätigkeit ihrer Regierung ausgeübt. Wir internationalen Sozialdemokraten sind deshalb berechtigt, den französischen Genossen zu sagen: Ihr haltet wohl revolutionäre Reden, ihr habt aber keinen Einfluß und daran leidet Europa. Den Einfluß könntet ihr haben, wenn ihr sozialistische Postulaten treiben würdet. (Zustimmung.)

Der Redner über die Hoffnung Ausdruck, daß in der U. S. P.

die von Kautsky und Hilferding vertretene Anschauung

durchbringen werde. Die U. S. P. habe ja den Bolschewisten sozialistischen Zugeständnisse gemacht, daß man sagen könne, Däumling und Städter vertreten die größere Konsequenz. Aber trotz allem wollen wir hoffen, daß die U. S. P. den Weg zu uns zurückfindet. Die Zeiten sind so ernst, daß die bittere Notwendigkeit der Arbeiterklasse zur Einigung zwingt. Die deutsche Parteispaltung ist das größte Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für Europa. Darum müssen wir alles tun, was

die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien,

die doch zu einer Familie gehören, herbeiführen kann. — Der Redner schloß: Festhalten an den alten sozialdemokratischen Grundsätzen, das soll das Motto der Internationale sein. (Lebhafte Beifall.)

Vor Eintritt in die Diskussion leitete der Bezirksvorsitzende Gen. Franz Krüger mit, der Bezirksvorstand habe beschlossen, künftigen kommunistischen Demonstrationen gegenüber dieselbe ablehnende Haltung einzunehmen wie am Dienstag. Der Vorstand erwartete die Zustimmung der Konferenz.

Hierzu machten zwei Redner Angaben über

Vorgänge bei der Demonstration,

so bei der Anorchrems, worüber wir an anderer Stelle berichten. Auf dem Arbeitsnachweis der Metallarbeiter stellen sich seit einiger Zeit regelmäßig Leute ein, die von keiner Seite Arbeitslosenunterstützung beziehen, die Arbeitslosen auf-

heben und sie auch schon mit Gewalt aus dem Raum des Arbeitsnachweises hinausgetrieben haben. Einer dieser Leute gab auf Befragen an, er sei

aus Idealismus arbeitslos,

denn er wolle durch Verweigerung seiner Arbeitskraft den Kapitalismus bekämpfen. Durch eine Kontrolle wurde festgestellt, daß von den Anwesenden über 400 schon über ein Jahr arbeitslos sind und von diesen 300

während eines Jahres nicht ein einziges Mal in Arbeit getreten sind. Die Gewalttätigkeiten wiederholten sich jeden Tag. Vor einigen Tagen kam es zu heftigen Prügeleien, bei denen die Elemente, die doch nur bezahlte Spitzel sein können, die Angreifer waren. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Jiska, der herbeigerufen wurde, um gegen die Radaumacher einzuschreiten, wurde ebenfalls heftig angegriffen und hätte beinahe Prügel bekommen.

Mit der Nichtbeteiligung an Radaudemonstrationen erklärte sich die Konferenz einverstanden.

Zur Frage der politischen Arbeiterräte

wurde einstimmig beschlossen:

„Die Parteifunktionäre und Vertrauensleute der S. P. D. Groß-Berlins weisen auf das schärfste die Agitation kommunistischer Wirkkräfte zur Wahl politischer Arbeiterräte zurück. Die politischen Ziele der Arbeiterklasse können nur durch den organisierten Kampf der Sozialdemokratischen Partei verwirklicht werden, den zu stärken erste Pflicht der Arbeiterklasse ist. Die Konferenz fordert die Arbeiter und Angestellten auf, mit voller Kraft der kommunistischen Agitation entgegenzutreten und jede Verleugung an den von dieser Seite propagierten Wahlen und Aktionen abzulehnen.“

In der

Diskussion über das Referat Bernsteins

trat Viktor Schiff der Auffassung des Referenten über die Schuldresolution entgegen. Er könne die Befriedigung Bernsteins über ihre Annahme nicht teilen. Mit einem Hinweis auf die Denkschrift unseres Parteivorstandes hätte die Schuldfrage abgetan werden müssen. Gewiß habe Deutschland an Belgien ein großes Unrecht verübt. Aber auf der Seite der belgischen Genossen fehle jedes Entgegenkommen. Drei Sozialdemokraten sitzen im belgischen Ministerium. Trotzdem hat Belgien mit Frankreich das geheime Militärabkommen abgeschlossen. Auch gegen die Verwertung von Eupen-Malmédy habe die belgische Sozialdemokratie nichts unternommen. Das Mindeste, was wir von den belgischen Genossen erwarten könnten, wäre doch, daß sie im Sinne der Versöhnung arbeiteten. Davon aber ist leider nur wenig zu merken. Das Zentralorgan der belgischen Partei, der Brüsseler „Peuple“, veröffentlicht schon seit Wochen einen Kriegsjournal, „Die Rolle von Dinant“, die wohl das schlaueste Machwerk darstellt, das auf diesem Gebiete geleistet wurde. Darin wird von den Deutschen nur als „Vögel“, „Barbaren u. dgl.“ gesprochen und Deutschland wird da nicht „Allemagne“, sondern „Bochie“ genannt. (Leb. hört, hört!) Das ist nichts anderes als eine Schürung des Völkerrasses. (Sehr wahr!) Hier sei von einem positiven Ergebnis der Schuldresolution nichts zu sehen.

Dr. Lensch kritisierte ebenfalls die Schuldresolution. Sie sei zustande gekommen unter der Diktatur des einflusslosesten Flügel der — wie Bernstein gesagt habe — einflusslosen französischen Partei. Die Wiedergutmachung sei ganz im Sinne des Versailler Diktats behandelt worden. Auch die Denkschrift des deutschen Parteivorstandes gehe in dem Schuldbestimmnis zu weit. Wer die Verhältnisse kenne, könne dem nicht zustimmen, daß es die Schuld der Sozialdemokratie sei, daß die Revolution nicht fünf Jahre früher ausgebrochen sei.

Keno Franke sagte, es könne für Bernstein nach allem, was man aus seinen Schriften wisse, nur eine undankbare Aufgabe sein, die Schuldresolution vor den Berliner Parteifunktionären zu vertreten. Sie sei ganz im Versailler Geiste gehalten. Die Annahme der Resolution sei ein Unglück, weil sie die Position der Entente stärke.

Eduard Bernstein verteidigte seine Auffassung. Die Anerkennung der Wiedergutmachungspflicht sei doch von der deutschen Regierung ausgesprochen, als sie um Frieden nachsuchte. Auch die Anerkennung der Schuld Deutschlands am Kriege sei doch schon lange vor Genf von unserer Partei ausgesprochen worden. Es sei doch Tatsache, daß Deutschland den Krieg erklärt habe und in Belgien eingedrungen sei. Wer die Brandfackel in das Pulverfaß geworfen habe, das sei die Frage, auf die es ankomme. Dah vorüber von allen Seiten Pulver angehäuft worden sei, solle nicht bestritten werden. Die Anerkennung der Schuld in diesem Sinne könne und nicht schaden, sie abzustreiten habe keinen Erfolg. Bei der Beurteilung der Haltung der französischen und belgischen Genossen müsse doch berücksichtigt werden, daß ihre Länder durch den Krieg mehr gelitten haben wie Deutschland. Wir dürfen das doch nicht scheuen, die Sünden des kaiserlichen Deutschland anzuerkennen. Die Hauptsache sei doch, daß in Genf eine Verständigung erzielt worden sei und die konnte nur erzielt werden durch die Anerkennung der Schuldfrage in der Resolution. Im Interesse der internationalen Verständigung mußten wir einen dicken Streich machen zwischen uns und dem kaiserlichen Deutschland. (Beifall.)

Der Vorsitzende Franz Krüger stellte als Ergebnis fest, daß die Konferenz einverstanden sei mit den Beschlüssen von Genf und daß nur in seiner Haltung

zur Schuldfrage Meinungsverschiedenheiten

bestehen. Der Genfer Kongreß sei ein leuchtendes Wahrzeichen, um das sich, allen Stürmen der Gegenwart zum Trotz, die Arbeiter aller Länder scharen können. Wenn wir im Sinne der Genfer Beschlüsse handeln, dann wird der Erfolg des Kampfes für die alten sozialistischen Ideale sicher sein. (Lebhafte Beifall.)

Wendelin Thomas freigesprochen.

In der „Freiheit“ wird das Schiedsgerichtsurteil gegen den unabhängigen Abgeordneten Wendelin Thomas veröffentlicht. Ihn war bekanntlich von dem Bremer unabhängigen Parteiblatt vorgeworfen worden, daß er in seiner Eigenschaft als Soldatenrat in den Revolutionstagen von 1918 mit der Spikelerin Schröder-Mahnke in mehr als intimen Beziehungen gestanden hätte.

Das Schiedsgericht, das von der unabhängigen Partei eingesetzt worden ist, hat nun unter dem Vorsitz von Fleißner-Dresden geurteilt und folgendes Urteil gefällt:

„Es konnte nicht festgestellt werden, daß Genosse Wendelin Thomas durch seinen Umgang mit der zu einer späteren Zeit als Spikelerin entlarvten Schröder-Mahnke sich kompromittiert hat. Das Schiedsgericht hat aus diesem Grunde einstimmig eine Verurteilung abgelehnt.“

Das Schiedsgericht erkennt an, daß Genosse Thomas in Anbetracht der in der Presse erhobenen Anschuldigungen in einer berechtigten Weise gehandelt hat, als er den Artikel in der Kammer des Magdeburger „Volkswillen“ vom 21. Juli 1920 veröffentlichte. Es ist jedoch der Ansicht, daß er gegenüber dem Genossen Schneider zu weit gegangen ist und spricht deshalb mit 5 von 7 Stimmen eine Rüge aus.“

Der Wendelin hatte nämlich seinem Genossen Schneider in

Einleben vorgetrieben, daß er noch ganz andere Dinge auf dem Herdholz habe!

Prinz wieder entlassen!

Der Kunstmaler Erik Prinz, der bekanntlich auf die Aufgabe seiner Braut, der Tänzerin Hilde Blauemann, unter dem Verdacht der schweren Urkundenfälschung erneut verhaftet worden war, ist Dienstag nachmittag abermals aus der Haft entlassen worden. Prinz hatte nach seiner zweiten Verhaftung gegen den Beschluß der 4. Strafkammer, auf deren Veranlassung er wiederum festgenommen worden war, Verstoß beim Kammergericht eingelegt. Das Kammergericht hat daraufhin die Vorgänge nochmals geprüft und die Entlassung Prinz' aus der Haft verfügt, da selbst durch die Aussage der Blauemann, die Ergebnisse der ersten Verhandlung gegen Prinz dem Kammergericht nicht verändert erschienen. Der neue Prozeß gegen Prinz dürfte in kurzer Zeit verhandelt werden.

Der Kampf gegen die „Frankfurter Zeitung“. Die Rheinlands-Kommission hat die „Frankfurter Zeitung“ und das „Frankfurter Mittagsblatt“ bis zum 18. Oktober für die besetzten belgischen Gebiete verboten. — Es wird bald einfacher sein, mitzuteilen, für welche Zeit das Blatt erlaubt ist.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Töpfer.

Reichen, 20. September 1920.

Heute wurde die Debatte über den Punkt „Beitrags-
höhung und Bericht des Vorstandes“ zu Ende geführt.
Die Mehrheit der Redner hielt eine Beitragserhöhung für un-
umgänglich nötig, zur Geschäftsführung des Verbandes und der
Haltung des Verbandorgans wurden im allgemeinen nur un-
wesentliche Einwände erhoben, die vom Verbandsvorstand
Dr. Brunel und Redakteur Schmitz schon während der Debatte
als zum größten Teil völlig haltlos zurückgewiesen werden konnten.
Die Berliner Opposition hatte es durch ihre polternde Art und
reichlich ungeschickte Taktik verstanden, sich fast völlig zu isolieren,
ein Teil ihrer Parteigänger rückte von ihnen im Laufe der De-
batte merklich ab. — Unter anderem ergriff heute auch der Vor-
sitzende Fritz Paepflow vom Bauarbeiterverband das Wort, um
eine vom Kommunisten Pusemann-Berlin aufgestellte Sta-
tistik, wonach die Verbände ungeheure Summen für Verwaltungszwecke
ausgeben, auf ihre Richtigkeit und Unrichtigkeit zurückzu-
führen. Nach genauer Berechnung habe z. B. der Bauarbeiterver-
band nur 2 Proz. seiner Gesamteinnahmen für Verwaltungszwecke
bezugend. Pusemann, der unter anderem auch das Verbands-
organ unter die Verwaltungsausgaben rechnet,
obwohl es als vornehmstes Agitationsmittel unter Agitation
zu rubrizieren wäre, habe die Statistik zur Erreichung seiner Zwecke
sehr einseitig geführt. Nur Beitragsfrage führte der Redner aus,
dass im Bauarbeiterverbände ein halber Stundenlohn für die
Wahlperiode, ein viertel Stundenlohn für örtliche Zwecke wöchentlich
gezahlt wird. Damit wird der Verband voraussichtlich auskommen
und auch noch Müllklagen machen können. Was gegen die Un-
terschiedsentscheidungen ins Feld geführt werde, sei nur Theorie.
Die Mitglieder seien mit der Abschaffung der Unterschieds-
entscheidungen einverstanden, sie sind es ja, die sie immer gefordert
haben. Die Verhandlungsstände wären froh, wenn die Unterschieds-
entscheidungen nicht vorhanden wären; vielmehr kommt man später einmal
dazu, sie durch die Staatshilfe zu ersetzen. Heute sei die Arbeits-
losenunterstützung eines der vornehmsten und notwendigsten
Kampfmittel.

Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
griff auch Genosse Grahnmann recht wirkungsvoll in die Debatte
ein. Bei der heute vielfach erhobenen Forderung auf Forderung
der gewerkschaftlichen Taktik werde der Blick aufs Ganze außer acht
gelassen. Die Gewerkschaften haben nie ihren Kampfscharakter
verloren. Idealtypen seien die wenigsten Menschen, wer die Ab-
schaffung der Unterschiedsentscheidungen fordert, übersieht die tat-
sächlichen Verhältnisse. Die Selbstsucht ist ein stärkerer Faktor
als mancher denkt, sie hat aber auch das Gute gezeitigt, daß sie zur
Vereinigung der Kampfbereiten geführt hat. Als wir noch die
keine Kampfscharakter hatten, hatten wir die wenigsten Erfolge.
Die Staatshilfe hätten die Gewerkschaften schon immer ver-
langt, was heute in dieser Richtung vorhanden, ist vor allem ihr
Initiative zu danken. Den Arbeitsgemeinschaften stehen wir im
allgemeinen recht kühn gegenüber, wir suchen sie zugunsten
der Arbeiterkraft zu nähern, ferner auch um die Zusammenhänge
der Nationalwirtschaft erkennen zu lernen. Schon die nächsten
Jahre würden schwere wirtschaftliche Kämpfe bringen. Die Ein-
seitigkeit der Arbeiterfront sei die dringendste Forderung der
Bewegung.

Bei der Abstimmung über Entlastung des Gesamtvorstandes
hinichtlich der Kassensführung fanden die vier Berliner Delegierten
nur drei Anhänger, die mit ihnen die Entlastung verweigerten.
Nicht weil irgendwelche Unregelmäßigkeiten vorhanden waren, son-
dern vermuthlich deswegen, weil ihnen eben die „sanfte Richtung“
nicht paßt. Dies gehört eben zum Programm unentwegter
Opposition.

Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Berliner Arbeiterssekretariat im Jahre 1919.

Das Berliner Arbeiterssekretariat hat im Berichtsjahre eine recht
umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Die Gesamtsziffer ist gegen das
Vorjahr gestiegen, ebenso die Zahl der Auskünfte. Insgesamt wurde
das Sekretariat von 14 944 Nachsuchenden in Anspruch genommen,
denen in 16 434 Fällen Auskunft erteilt wurde. Insgesamt wurden
4221 Schriftstücke angefertigt. Von den Auskunftsuchenden gehörten
12 199 — 81,63 Proz. den gewerkschaftlichen Verbänden an.

Die persönliche Vertretung erfolgte in 810 Fällen mit
856 Terminen. Davon entfielen auf das Reichsversicherungsamt 79;
auf das Oberversicherungsamt Groß-Berlin 174; auf das Gewerbe-
hitz-Kaufmannsgericht 8; auf das Amtsgericht 83. Der Ausgang
des Rechtsstreits wurde dem Sekretariat in 858 Fällen bekannt.
Das Resultat war in 279 Fällen für die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen
erfolgreich, in 79 Fällen erfolglos.

Es ist das in kurzen Strichen skizziert die Tätigkeit, die von
den Sekretären für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen
bzw. deren Angehörigen geleistet wurde. Indessen wieviel Not und
Kleid hinter diesen Figuren liegt, läßt sich nicht in Worten aus-
drücken. Die Arbeit ist geleistet worden zum Wohle der Gewerkschaftsmit-
glieder. Die segensreiche Tätigkeit zum Wohle der orga-
nisierten Arbeiterschaft wird auch weiterhin ausgeübt werden.

Verhärfung der Metallarbeiterkrise im Saargebiet.

Wie die „P. V. R.“ aus unterrichteten Kreisen des Saar-
gebietes erfahren, hat infolge des rapiden Sturzes der deutschen
Valuta, der für die in Frankreich entlohnten Saarbergleute bei
einem Durchschnittslohn von 28 Franken, d. h. gegenwärtig ein
Schichtlohn in Höhe von 115 M., einen großen Gewinn
darstellt, die Lohnbewegung unter den Metallarbeitern einen schär-

feren Charakter angenommen. Die christlichen und kirch-
lichen Durschschnitts Metallarbeiter fordern eine entsprechende Lohn-
erhöhung, während die freigeordneten Metallarbeiter die Ent-
lohnung in Franken verlangen. Gestern nachmittag haben
die ersten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Saar-
industrie stattgefunden. Die Vertreter erklärten sich vor Eintritt
in die offiziellen Verhandlungen zur Bewilligung einer ent-
sprechenden Lohnsteigerung bereit. Den Forderungen nach
Frankenentlohnung widersetzten sie sich jedoch mit aller Energie.
Die Einführung der Frankentlohnung würde bei dem jetzigen
Kursstand den sofortigen Zusammenbruch der saarländischen In-
dustrie herbeiführen. Auf eine andere Forderung als die nach
Frankenentlohnung wollten die Vertreter der freigeordneten
Metallarbeiter jedoch nicht eingehen. Sie verließen daher den Ver-
handlungsraum, ohne in die offiziellen Verhandlungen einzutreten
zu sein. Es soll versucht werden, im Laufe der Woche eine Ein-
igung zu erzielen.

Achtung Betriebsräte!

Die Wahl der Delegierten zum Reichsbetriebsrätekongress des
Metallarbeiterverbandes der Gruppe 3 Kuno und Flug-
zeug und Waggonbau findet heute 7 Uhr, Kula Köpen-
platz 12, statt. Gruppe 4 Mechanik, Optik, chirurgische
Instrumente usw. Donnerstag 5 Uhr, Kula Köpenplatz 12.
Gruppe 6 Elektro-Industrie-Apparate-Bau Freitag
5 Uhr, Kula Köpenplatz.

Holzarbeiter. Donnerstag 6 1/2 Uhr, Musik-Ecke,
Kaiser-Wilhelm-Straße. Erscheinen jedes Einzelnen ist Pflicht.
Betriebsräte/Sekretariat S. R. D. In den Zelten 23.
Sams 1424/25.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1919.

Der Lederarbeiterverband konnte im Jahre 1919 seine Mit-
gliederszahl nahezu verdoppeln. Die Mitgliederzahl stieg
von 16 890 Mitgliedern am 31. Dezember 1918 auf 33 812 Mit-
glieder am 31. Dezember 1919. Davon waren 6324 weibliche
Mitglieder. Es wurden 107 Poststellen neu oder wieder eröffnet.
Die Einnahmen liegen von 270 250 M. im Jahre 1918 auf
1 141 547 M. im Jahre 1919. Die Ausgaben stiegen von 268 270
M. im Jahre 1918 auf 821 816 M. im Jahre 1919. Für Kranken-
losenunterstützung wurden 178 521 M. (94 858 M.) für Kranken-
unterstützungen 40 852 M. (38 199 M.) ausgeben. Der herrschende
Papiermangel ließ das Kontoabrechnen für die Zeitungen und die
Druckkosten teilweise ausfallen.

Die Lohn-, Tarif- und Feuerungsbestrebungen waren den wirt-
schaftlichen Verhältnissen entsprechend sehr zahlreich. Im ganzen
wurden 106 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen in 2092
Betrieben mit 77 277 Beteiligten geführt. Außerdem fanden neun
Angriffstreiks in 94 Betrieben mit 1476 Beteiligten statt insgesamt
waren also 205 Lohnbewegungen zu verzeichnen.
Als Folge dieser Lohnbewegungen wurden 188 Tarifverträge
neu abgeschlossen und ein Reichstarif verlängert. Der Jahres-
bericht des Zentralvorstandes kann feststellen, daß auch die großen
Zentren der Lederindustrie, wie Worms, Weinsheim, Offenbach usw.
für den Verband gewonnen wurden. Orte, wo früher
mit Hunger und Not jede selbständige Regelung der Leder-
arbeiter niederhalten wurde. Der Lederarbeiterverband hat es
auch diesen Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglicht, Tarifverträge
auf moderner Grundlage abzuschließen und ihnen ein Mitbestimmungs-
recht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu
gewährleisten. Freue Mitarbeit der neu gewonnenen Mitglieder
wird es dem Lederarbeiterverband ermöglichen, auch in Zukunft die
Interessen der Lederarbeiter nach jeder Richtung hin wahren zu
können.

Wenn Arbeit vorhanden ist...

Vom Deutschen Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin, wird und
geschrieben: Wir befinden uns jetzt in einer Zeit, wo alle verfü-
baren Kräfte dienlich gemacht werden müßten, um den Staat vor
unnötigen Ausgaben zu bewahren. Ein Beispiel: Die weit dem
von maßgebender Stelle nachgekommen wird:

Seit längerer Zeit sollte am Reichsstaatsrat das Postkassen-
amt errichtet werden — und im Frühjahr begann man dann auch
mit den Ausschachtarbeiten und Herstellung der Fundamente. Ende
Juni wurden dann auf dem Submissionswege die Arbeiten für den
Hochbau vergeben und erhielten als Mindestfordernde für die
Mauerarbeiten die Firma Strunzel, und für die Betonarbeiten
die Malthebauergesellschaft den Zuschlag. Nun sind seit dieser Zeit
drei Monate ins Land gegangen, ohne daß die Bauleitung der
Oberpostdirektion sich schlüssig empfinden würde, wie die Arbeiten
zunehmend angefaßt werden sollten.

Der alte Amtsschimmel trotzet wie in der Vorkriegszeit seinen
bureaucratischen Gang weiter. Die Firmen, die die Aufträge er-
hielten, waren gezwungen, eine große Anzahl von Leuten zu ent-
lassen, trotzdem sie genügend Aufträge von den Behörden hatten,
die aber von oben herab sabotiert werden. Die Folge davon ist,
daß die Erwerbslosenfürsorge unzulänglich belastet wird.

Hätten hier nicht die Behörden Hand in Hand zu arbeiten,
wenn es gilt, den Staat vor Ausgaben zu bewahren? Die Zeich-
nungen der betreffenden Baustelle wandern von einer Instanz
zur anderen und liegen jetzt wahrscheinlich in der Wilhelmstraße fest,
weil die ausschlaggebenden Leute zum Teil in Ferien waren. Was
sagt übrigens der Herr Reichspostminister dazu? Seine Aufgabe
wird es jetzt sein, die Arbeiten endlich weiter ausführen zu lassen.
Hier könnte übrigens das Arbeitsbeschaffungsgesetz eingreifen, und
die D.R.D. zur Ausführung der Arbeit zwingen.

Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, um zu zeigen, daß die
Behörden zu einem Teil an der Arbeitslosigkeit selbst Schuld sind.
Wir hoffen, daß unser Hinweis genügen wird, die D.R.D. von der
Notwendigkeit der Arbeiten zu überzeugen.

Arbeitsgemeinschaften.

Ueber dieses Thema wird Mittwoch, den 23. d. Ms., abends
6 1/2 Uhr, in den Sophienkällen, Sophienstr. 17/18, in einer Ver-

sammlung der Afa-Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie
referiert werden. Anschließend hieran werden die Vertreter der so-
genannten Außenhandelsstellen über ihre bisherige Tätigkeit be-
richtet. Zum Schluss werden verschiedene aus dem jetzt geltenden
Tarifverträge entstehende Differenzen behandelt werden. Es ist
Pflicht jedes Afa-Funktionärs der Metallindustrie und jedes Betriebs-
rats, in dieser Versammlung aufzufing zu sein.
Afa, Osthafen II Groß-Berlin.

Zentralverband der Angestellten. Sachgruppe 7a (Korset-
geschäfte). Mitgliederversammlung 22. 9., abends 7 1/2 Uhr, Reichsstadthaus
Blauer Saal, Belle-Alliancestr. 7-10, 2. Hof, Aufgang links, 3 Treppen. —
Sachgruppe 14a (Kleidergeschäft und Optik). Mitgliederversammlung
22. 9., abends 7 1/2 Uhr, Reichsstadthaus Blauer Saal, Belle-Alliancestr. 7-10,
2. Hof, Aufgang links, 3 Treppen. — Sachgruppe 7 (Warenkaufhäuser
und Spezialgeschäfte Charlottenburg). Deutscher Arbeiterkongress 22. 9.,
abends 7 1/2 Uhr, Hohenzollernstraße, Charlottenburg, Berliner Str. 105. —
Sachgruppe 4a (Betriebsräte- und Betriebsratenspiegelversammlung
22. 9., nachm. 4 1/2 Uhr, Dresdener Kaffee, Dresdener Str. 96.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch,
den 22. September, abends 8 Uhr, im Empfangsraum des Bundeshauses:
Versammlung der Ortsgruppen und Sachgruppenmitglieder. —
Donnerstag, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr, im Nordischen Hof,
Invalidenstr. 125: Sachgruppenversammlung Tiefbau.

Zentralverband der Angestellten. Deutscher Arbeiterkongress
22. 9., abends 7 1/2 Uhr, im Reichsstadthaus, Alexanderstr. 40/41. Thema: Wirtschaftsgesetzgebung — Wirtschafts-
kritik. Referent: Frau Tony Sender.

Aus aller Welt.

Ein Postauto verunglückt. Das Postauto zwischen Bremen
und Erding in Bayern stürzte mit dem Anhängewagen um.
Mehrere Passagiere wurden schwer, vier oder fünf leichter ver-
letzt. Zwei Sachverhalte wurden in der Nacht in das Kranken-
haus Erding eingeliefert. Eine Pionierkompanie leistete erste
Hilfe.

Festgenommen Räuber. Am 15. Sept. waren dem Schichtmeister-
Affilierten der Geiche-Grube bei Schöppinzig etwa
120 000 Mark Wohnungsgelder von etwa 8 bis 10 bewaffneten Ban-
diten auf der Landstraße Giesfeldwald-Mythosweg geraubt worden.
Heute vormittag gelang es hier, sechs an dem Raube beteiligte Per-
sonen und einen der Hauptbetrüger bei den Augustawällen
festzunehmen.

Luftpostverkehr Warschau-Paris. Von heute, den 21. d. M.,
ab soll ein Postluftverkehr zwischen Warschau, Prag,
Strahburg und Paris eingerichtet werden. Die Strecke
Warschau-Strahburg dauert drei, Warschau-Strahburg sechs
und Warschau-Paris neun Stunden. Vorläufig starten die Flugzeuge
vielmals wöchentlich ab Warschau, und zwar um 8 Uhr vormittags.

Gräbersiege in Frankreich. Die Gräber der in Frankreich ge-
fallenen und dekapitierten deutschen Krieger werden durch den
französischen Staat mit Denkmälern nach einem einheitlichen
Modell geschmückt werden. Soweit bereits von deutscher Seite
Denkmäler errichtet sind, sollen sie erhalten bleiben. Nur wenn aus
hygienischen Gründen Verlegungen von Friedhöfen notwendig werden,
kann nicht in jedem einzelnen Falle der Transport der Denkmäler
nach dem neuen Friedhof gewährleistet werden. Die Gräber sollen
dann von der französischen Gräberfürsorgeorganisation in würdiger
Weise hergerichtet werden. Grabdenkmäler, die nicht mehr Verwen-
dung finden können, werden den deutschen Behörden angeboten
werden, so weit dahingehende Anträge vorliegen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 47. Im Briefkasten kann nur ganz kurz auf bestimmte Fragen
Antwort erteilt werden. Ueber alle wichtigen Verhandlungen der Parla-
mente und deren Ausschüsse haben wir berichtet, dies geschieht auch in Zu-
kunft. — C. P. 100. Werden Sie sich an die Reichsarbeitsgemeinschaft
für Siebdruckerei in Berlin W 8, Köpenicker Str. 13, und an die eldenburgische
Regierung. — G. 90. Blühen mit nicht.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen:
Dr. Giese, Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft für die Zeitungs- u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Möbel-Großdruckerei u. Verlagsgesellschaft für die Zeitungs- u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Elektr. 1. Beilage.

Elegante Schuhe

müssen Continental-Gummiabsätze
haben. Sie ermöglichen geräusch-
losen, graziösen Gang, ersparen Kraft
und schonen Nerven wie Körper.
Jeder Schuhmacher führt

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Volksbühne E. V.

(Vereinigte Freie und Neue Freie Volksbühne)
Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr
Mitgliederversammlungen

und zwar für die Abteilungen:
1-33 in den Sophienkällen, Sophienstr. 17/18
34-55 im Restaurant Alt-Berlin, Blumenstr. 10
67-100 im Englischen Hof, Alexandrinerstr. 27
101-135 im Musikal.-Vereinhaus, Kaiser-Wilhelmstr. 31
141-174 im Gewerkschaftshaus, Engelhofer Str.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Vorstandsbereich und Vortrag über die Ziele der
Volksbühnenbewegung. 2. Diskussion. 3. Wahl von je
60 Delegierten zur Hauptversammlung. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Es werden nur Mit-
glieder dererleiigen Anteile zugelassen, die für den be-
treffenden Versammlungsort geladen sind. 1920/21
Vorstand und Verwaltung der Volksbühne E. V.
(Vereinigte Freie und Neue Freie Volksbühne.)

Wußeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-Siede-Rohre, Trägers u. U-Eisen,
Feldschmiedeln und Umboße
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Berlinerplan 120/72. Edeleitelstr. 120/72.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen zur verfassunggebenden
preussischen Landesversammlung in Berlin.

Nachdem der für die verfassunggebende preussische Landes-
versammlung im Wahlkreis Berlin gewählte Abgeordnete
Pauls Brunner seinen Wahlmandat niederlegt hat, be-
trübt ich auf Grund des § 29 der Wahlordnung vom 30.
November 1918 und in Gemäßheit des § 49 a. a. D. den Wahl-
ausgleich zur Feststellung des Ersatzmannes, der am 21.
des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 an seine Stelle
tritt, zu einer Sitzung auf

Sonntag, den 25. September 1920, vorm. 10 Uhr,
nach dem Wahlbureau des Roggenstra. Berlin C. 2, Citadelle
Stra. 44/45, 1. Trepp., Zimmer 6, ein.

Dies bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Berlin, den 20. September 1920.
Der Wahlkommissar
für den Wahlkreis Berlin für die Wahlen zur verfassung-
gebenden preussischen Landesversammlung,
Reisinger, Siebertstr.

Bekanntmachung.

Die Tilgung des zum 2. Januar 1921 fällig werdenden
Teilbetrags
2314 000 M. der Anleihe des Ver-
bandes Groß-Berlin über 141 000 000 M. und
von 131 200 M. der Anleihe des Verbandes
Groß-Berlin über 6 600 000 M.
ist durch Ankauf erfolgt.
Berlin, den 20. September 1920.
Der Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin,
S. R. D. Giese. 20/10

Möbel Bar oder Kredit
mit fleinsten Ma-
ßabteilung
Liefer an jedermann, auch auswärts
Möbel-Groß
Große Johannstraße 141
Invalidenstraße 3, Eingang Adlerstraße

Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode
Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen,
Gesichts- und Nasenrötter, lästige Haare, schlechter Teint usw.
verschwindet bald. Au Wunsch Blutuntersuchung.

C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-8. Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Kaufe mehrere
Kurbel-Stickmaschinen
gebrauchte.
Kloff. an S. Zoller, Berlin S,
Stahlfabrikstr. 56.

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschienen Vor 1900 Jahr!
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument
gefunden worden, das genau angibt, wer Jesus Christus
war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art
Freimaurerorganisation. Es ist der Bericht des Aeltesten
Ishmael in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandria.
Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung des
Dokumentes zu vernichten, da sich die ganzen mystischen
Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären.
Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht
ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein
Denker darf das Werk unbedrückt aus der Hand legen!
Preis Mk. 6.50 und Mk. 1.10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Adreht Donath, Verlag, Leipzig 42

Platin-Linke kauft
Gebisse, Platin, Gold, Silberbruch
zu bekannt höchsten Preisen
Blücherstr. 40, Port. 2, II.

Phorosan - Heilinstitut
für Haut-, Geschlechtskrankheiten u. Frauenleiden
Großopernstr. 67.
Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen wissenschaftlichen
Phorosan-Verfahren. Syphilis-Kuren. Streng wissenschaftlich.
Spez. Arzt. Leitung. Separate Zimmer. Sprech-
stunden 11-5 außer Dienstag. — Kurdauer nicht
Broschüre: „Die Gonorrhoe und ihre Zwillingekur“
M. 3.— Prospekt „V“ gegen Porto.